

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 95

MAI 1992

50 Pfennig

Arbeiter: Verteidigt Immigranten und Asylrecht!

Die Nazis sind der Vorreiter der rassistischen Volksfront. Ihr finsterer Durchbruch bei den Landtagswahlen am 5. April wurde von CDU und SPD vorangetrieben. Seit

DGB-Führung verkauft Arbeiter aus – SPD schiebt ab

Monaten heizen diese eine rassistische Hysterie über eine „Asylantenflut“ an, die „den deutschen Boden“ bedrohe. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein erhielten die Nazis fast 7 Prozent der Stimmen, in Baden-Württemberg wurden sie mit fast 12 Prozent zur drittstärksten Fraktion. Die Welle von Nazi-Terror steigt weiter an, am 9. Mai, dem Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus, drohen sie mit einer unglaublichen Provokation gegen die sowjetische Armee in Berlin-Karlshorst (siehe unten). Jetzt geben sich alle Bundestagsparteien über die Wahlergebnisse „bestürzt“ und warnen vor einem schlechten Ansehen Deutschlands im Ausland, doch die ganze rassistische Allparteien-Volksfront, die von CDU und SPD bis zu den Grünen und der PDS reicht, hat das Recht auf Asyl unter Beschuß.

Die SPD ist an der Spitze der Hetzjagd auf Flüchtlinge, genau wie bei der antikommunistischen Hexenjagd. In Björn Engholms Hochburg organisierte sie rassistische

Fortgesetzt auf Seite 22



Frank Rogner/Netzhaut

Immigranten sind ein wichtiger Teil der schweren Bataillone der Arbeiterklasse

Berlin-Karlshorst am 9. Mai:

Stoppt die Nazis durch Arbeitermobilisierung!

Nach den Wahlen glauben die Nazis jetzt, Rückenwind für ihren blutigen Terror zu haben. Die faschistischen „Nationalen“ haben angekündigt, am 9. Mai, dem Tag der Befreiung vom Nazi-Terror durch den Sieg der Roten Armee, eine „Wahl“ kundgebung mit dem berühmtesten Nazi-„Historiker“ David Irving in Berlin-Karlshorst durchzuführen, vor dem Museum, wo die Wehrmacht ihre bedingungslose Kapitulation unterschrieb. Die Nazis planen blutige Racheakte für ihren provokativen Auftritt in Kreuzberg, wo einer der Nazis auf der Strecke blieb.

Sollten die Faschisten diese Provokation tatsächlich wagen, müssen sie gestoppt werden durch eine Einheitsfrontaktion, die die entschlossenen Teile der organisierten Arbeiterbewegung mobilisiert, zusammen mit ihrem strategischen Anteil von Immigranten, und die sich mit allen geplanten Opfern der Faschisten und anderen antifaschistischen Gruppen verbindet, um die Nazi-Provokation zu verhindern.

Es waren die sowjetischen Werktätigen und die Rote Armee, die *trotz Stalin* das Nazi-Regime zerschlugen und Europa vom Alptraum des Faschismus befreiten. Eine Massendemonstration an der Stelle, wo die Nazis mit einem Aufmarsch drohen, zur Zeit ihrer geplanten Provokation, wird auch viele sowjetische Soldaten und Offiziere erreichen, die ein revolutionäres Programm gegen Jelzins Konterrevolution in der Sowjetunion brauchen. Eine starke und organisierte Antwort der Arbeiterklasse würde Signale bis hinter den Ural senden. Wie bei der Massendemonstration im Januar 1990 in Treptow, wo 250 000 Antifaschisten gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals demonstrierten, kämpft das Komitee für soziale Verteidigung zusammen mit den Spartakisten für eine gewerkschaftlich basierte Einheitsfront. Für Arbeiterinheitsfrontaktion, jetzt! Gewerkschaften, Immigrantengruppen, alle Antifaschisten müssen die Nazi-Provokation stoppen!

Hexenjäger des Vierten Reichs laufen Amok Hände weg vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung!

Über zwei Wochen nach der Razzia gegen das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung war das Zentrale Parteiarchiv immer noch geschlossen. Die Staatsanwälte durchwühlen dort immer weitere Akten. Nachstehend drucken wir die Protesterklärung des Komitees für soziale Verteidigung zu dieser Polizeiaktion ab. Das KfsV ist eine nichtsektiererische, klassenkämpferische Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung, die Fälle und Anliegen im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen aufgreift; dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei.

Protest gegen den Angriff auf das IfGA ist dringend notwendig: seine Existenz ist nach wie vor akut bedroht. In Anlehnung an Bonns Verbot der KPD 1956 wurde das IfGA zum Teil des Bundesarchivs erklärt, dem Bundesinnenministerium rechtlich und finanziell unterstellt. Die SED-Bestände des ZPA aus der DDR wurden im Januar mittels einer eigens dafür geschaffenen „Novelle“ des Bundesarchivgesetzes politisch enteignet. Bonn will das Institut völlig strangulieren oder zu seinem willfährigen Werkzeug degradieren.

Mit der freundlichen Genehmigung des ZPA drucken wir auf Seite 3 ein Flugblatt der Sowjetunion ab, das während des Ersten Weltkrieges, ca. um den 20. November 1917, erschien (IfGA, ZPA 2/8/84, Bl. 43). Wir haben dabei weitestgehend die ursprüngliche Schreibweise beibehalten. Dieses Dokument, das unseres Wissens jahrzehntelang unbekannt geblieben ist, spricht Bände über die unschätzbare Bedeutung des ZPA und



Burkhard Lange

Berlin – SPD-Bullenraserei gegen das ZPA. Dieses Archiv gehört der internationalen Arbeiterklasse

des Instituts als Ganzem für all diejenigen, die die Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ziehen wollen.

BERLIN, 31. März – Neben Durchsuchungen von PDS-Büros und Hunderten von Wohnungen (u. a. von Stoph, Krenz und Mittag) in 38 Städten besetzte heute um 6.30 Uhr die Polizei das Zentrale Parteiarchiv (ZPA) im Berliner Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, dem ehemaligen Institut für Marxismus-Leninismus der SED in der Wilhelm-Pieck-Straße. Ein riesiges Polizeiaufgebot mit Polizeiwannern und LKWs stand in Bereitschaft. Das August-Bebel-Haus wurde abgeriegelt, Mitarbeitern der Zugang zu den Arbeitsräumen verwehrt und die öffentliche Benutzung der Einrichtungen verhindert. Ehemalige IfGA-Mitarbeiter, die von der Treuhand gekündigt worden waren, konnten nicht einmal ihre Unterlagen abholen.

Noch am Nachmittag dauerte die Durchsuchung an. Die erste Sorge der Archivleitung galt dem Schutz der umfangreichen Bestände, die eng miteinander verflochten sind: unersetzbare Dokumentation der proletarischen, kommunistischen und antifaschistischen Bewegungen des letzten Jahrhunderts und mehr – u. a. Ferdinand Lassalles Arbeiterverein, SPD, USPD, Spartakus von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, KPD, Leninbund und SAP. In dem Haus befindet sich auch die Redaktion der Marx-Engels-Gesamtausgabe.

Bonns und Berlins allseitiger antikommunistischer Rachezug läuft seit zwei Jahren. Doch mit dieser Aktion holt er noch weiter aus. Es geht hier um den Versuch, das Zentrale Parteiarchiv als öffentliche Einrichtung zu zerschlagen. Denn dort ist die Geschichte der Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten offen zugänglich für die

Fortgesetzt auf Seite 19

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit,
Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss,
Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (0 30) 4 91 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

1917: Flugblatt von Lenin/Trotzki

An die deutschen Soldaten! Soldaten, Brüder!

Am 25. Oktober (alten Stils) haben die St. Petersburger Arbeiter und Soldaten die imperialistische Regierung Kerenskys gestürzt und die ganze Staatsgewalt zur Verfügung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Räte gestellt. Die neue Regierung ist unter dem Namen des VOLKSKOMMISSÄREN-RATES durch den Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Räte aller Reussen bestätigt worden. Das Programm, dessen Ausführung die obengenannte Regierung unverzüglich angebahnt hat, besteht aus dem Angebot eines sofortigen demokratischen Friedensschlusses, das bereits den sämtlichen kriegsbeteiligten Nationen und ihren Regierungen unterbreitet worden ist, aus der unentgeltlichen Übergabe der ganzen Acker-, Felder- und Wälderfläche des Landes in den Gebrauch der Bauern und Landarbeiter, und aus der Verwirklichung der Arbeiterkontrolle im Gewerbe und in der Industrieerzeugung. All dieser Aufgaben hat sich die neue Regierung der Arbeiter- und Bauernbevölkerung gegenüber schon teilweise oder vollständig entledigt. Uns, die Unterzeichneten, beauftragte die Regierung mit dem Vorsitz im Volkskommissärenrate und mit der Leitung der auswärtigen Geschäfte des Staates.

Unsere Regierung, die provisorische Arbeiter- und Bauern-Regierung, wendete sich am 26. Oktober d. J. mit einem Friedensvorschlag an die Regierungen und Völker aller kriegführenden Mächte, bestehend auf dringendster Einstellung der Feindseligkeiten an sämtlichen Fronten und unmittelbarer Einleitung der Friedensverhandlungen zwecks Wiederherstellung eines gerechten demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigung.

Wir ergriffen alle Massnahmen und keine werden wir auch künftig unausgenutzt lassen, um über den vollen Text unseres Friedensangebotes alle die kriegführenden Regierungen und Völker in Kenntnis zu setzen. Zur Ergänzung des erwähnten Friedensvorschlags erachten wir es als unsere Pflicht, uns speziell an euch zu wenden, als an die Vertreter einer Nation, die an der Spitze der Koalition steht, welche gegen Rußland auf einer ausgedehnten Front den Krieg führt.

Soldaten, Brüder! Wir ersuchen euch, uns in diesem Kampfe für den sofortigen Frieden und den Sozialismus mit Anstrengung aller Kräfte beizustehen, da dieser letztere allein dem Arbeiterstande aller Länder einen gerechten und dauerhaften Frieden sichern kann und alle die Wunden heilen, die der Menschheit der gegenwärtige und frevelhafteste aller Kriege geschlagen hat.

Brüder deutsche Soldaten! Das große Beispiel eures Kameraden, Karl Liebknechts, des ansehnlichsten Führers des internationalen Sozialismus, der beharrliche und langwierige Kampf, den ihr gegen den Krieg mit der Herausgebung von Zeitungen und Flugblättern, mit zahlreichen Demonstrationen und Streiken geführt habt, der Kampf, für welchen eure Regierung Hunderte und Tausende eurer Kameraden ins Gefängnis geworfen hat, endlich der heldenmütige Aufstand eurer Matrosen der Flotte bürgen uns dafür, daß innerhalb breiter Massen des Arbeiterstandes eurer Nation die Fertigkeit für einen entscheidenden Kampf für den Frieden schon gereift ist.

Brüder, leistet uns Hilfe! Wenn ihr es tut, dann kann nicht einmal der geringste Zweifel darüber bestehen, dass die Friedenssache, wenigstens auf dem Kontinente Europas, in paar Tagen die Oberhand ergreift, dass der schnellste und gerechteste Friede verbürgt wird und der Anschluß an einen solchen Frieden seitens auch der übrigen kriegführenden Mächte am schmerzlosesten vor sich geht.

Wenn ihr uns bei unserer Aufgabe behilflich sein werdet, die Einigung der Arbeiter mit den Bauern und den allmählichen Übergang zum Sozialismus in Rußland zu bewerkstelligen, bei der Aufgabe, die für Rußland allein unheimliche Schwierigkeiten darbietet, dann werden eure Organisationsfähigkeit, eure Erfahrung, eure Vorbereitung zur Bildung der Arbeiter-Massenorganisationen uns den Übergang zum Sozialismus unfehlbar sichern.

Eilt uns zu Hilfe! Im Namen der Arbeiter- und Bauern-Regierung haften wir dafür, daß unsere Soldaten keinen einzigen Schritt nach vorwärts machen werden, wenn ihr entschlossen die Friedensfahne in die Hände nehmt, auch falls der Kampf für den Frieden innerhalb eures Landes einen Teil eurer Streitkräfte von unserer Front abzöge.

Genug des Blutvergießens!

Hoch lebe der Friede!

Hoch lebe der brüderliche Verband der Arbeiter aller Länder!

Hoch lebe die Internationale sozialistische Revolution!

Der Vorsitzende des Volkskommissärenrates
Wladimir Uljanow (Ljensin)

Der Volkskommissär des Äußern
Leo Trotzky

<p>PROMETHEUS RESEARCH SERIES 1</p> <p>Guidelines on the Organizational Structure of Communist Parties, on the Methods and Content of Their Work</p> <p>Resolution of the Third Congress of the Communist International 12 July 1921 New Translation of the Final German Text Including Reports and Discussion from the Congress With Introduction and Notes</p> <p>PROMETHEUS RESEARCH LIBRARY</p>	<p>PROMETHEUS RESEARCH SERIES 2</p> <p>Documents on the "Proletarian Military Policy"</p> <p>With Introduction by the International Executive Committee of the Workers' Party of Germany</p> <p>PROMETHEUS RESEARCH LIBRARY</p>	<p>Prometheus Research Series</p> <p>Nr. 1: Guidelines on the Organizational Structure of Communist Parties, on the Methods and Content of Their Work DM 12,40 (inkl. Porto), 94 Seiten</p> <p>Nr. 2: Documents on the "Proletarian Military Policy" DM 18,40 (inkl. Porto), 102 Seiten</p> <p>Auch erhältlich: Nr. 3: In Memoriam – Richard S. Fraser DM 14,40 (inkl. Porto), 108 Seiten</p> <p>Bestellt bei: Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 Konto 1 1988-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 500 10060</p>
--	--	---

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

„Die Befreiung der Frau war schon ein ganzes Stück näher“

Nachfolgend drucken wir Auszüge aus einem Diskussionsbeitrag von Annette, einer Mutter von sechs Kindern aus der ehemaligen DDR, den sie bei der Hamburger Veranstaltung der SpAD zum Internationalen Frauentag gehalten hat. Annette ist inzwischen in die SpAD eingetreten.

Ich möchte in meinem Diskussionsbeitrag näher auf die Situation der Frauen und auf die sozialen Errungenschaften in der ehemaligen DDR als deformiertem Arbeiterstaat eingehen, in der ich aufgewachsen bin und in der ich bis zu ihrer Einverleibung durch die deutsche Bourgeoisie gelebt habe. Ich kann heute nicht ohne Stolz und sicher auch nicht ohne Wehmut auf diese Errungenschaften zurückblicken.

Dem Ziel der Befreiung der Frau war man schon ein ganzes Stückchen näher als in diesem kapitalistischen System. Die Frauen hatten bessere Möglichkeiten, sich am beruflichen und gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, und sicherlich muß man an dieser Stelle erwähnen, als Frau und als Mutter, egal wie viele Kinder. Dieses war möglich dank der kostenlosen Kinderbetreuung. Der Betrag, der entrichtet werden mußte, war das Essengeld für eine warme Mahlzeit. Für kinderreiche Familien war auch diese kostenlos. Ab drei Kindern galt man als kinderreich. Die Kinderbetreuung war von morgens bis abends abgesichert. Eine Mutter konnte ins Berufsleben einsteigen, wenn das Kind fünf Monate alt war. Sie konnte es in eine Krippe bringen. Eine gute Sache war die Betriebskindereinrichtung, die sich den Arbeitszeiten der Eltern anpaßte.

Ganz wichtig ist an dieser Stelle zu bemerken, der Arbeitsplatz blieb der Mutter erhalten, auch wenn einige Betriebsbürokraten und rückständige Kollegen Fehlleistungen auf die Abwesenheit der Mütter schoben, anstatt auf die Unfähigkeit der bürokratischen Methoden, diese Probleme zu lösen. Als alleinerziehende Mutter wurde man bevorzugt mit einem Krippenplatz versorgt, jedenfalls auf dem Papier und wenn man nicht gerade den Platz beanspruchte, den ein Bürokrat haben wollte.

Man konnte an vielen Beispielen sehen, wie die Stalinisten Probleme bürokratisch lösen wollten. Gerade im Punkt Wohnungen und Familie war es sehr deutlich. Sie priesen

die monogame Familie hoch. So kommt es auch, daß in dem „Buch der Familie“, was jedem Paar am Tag der Eheschließung ausgehändigt wurde, folgende Zeilen stehen: „Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten ... [und] ... die Familie ist die kleinste Zelle der sozialistischen Gesellschaft...“

Nun sind wir wieder bei der alten Familiensklaverei durch wirtschaftlichen Druck auf die Mütter angekommen. Zu diesem wirtschaftlichen Druck möchte ich auf ein Erlebnis auf einem Sozialamt im Randgebiet von Hamburg eingehen. Eine junge Frau, die alleinerziehende Mutter eines Kleinkindes ist, erzählte mir, daß sie am Wochenende zuvor auf dem Amt gewesen ist. Ich weiß nicht mehr, wieviel Geld sie bekam, aber es ging darum, daß ihr Kind Windeln benötigte. Von dem Geld, was sie bekam, sollte sie den Wochenendeinkauf erledigen und Windeln finanzieren. Das Geld reichte aber nicht aus, um auch Windeln zu kaufen. Die Beamtin sagte ihr daraufhin, daß sie eben die Windeln einzeln kaufen müsse. Man schickte die Frau tatsächlich so weg. Mehr Geld stand ihr nicht zu.

Ich möchte noch einmal auf den Punkt Wohnung eingehen. Eine Wohnung zu bekommen, wenn man unverheiratet war oder auch für Paare, die keine Kinder hatten, war sehr schwierig. Die Bürokraten setzten das als Druckmittel ein, um die Jugend zur Familie mit Kindern zu drängen. Vielleicht glaubten sie, damit mehrere Probleme gleichzeitig gelöst zu haben.

Der wesentliche Unterschied zwischen dem Wohnen in Ost und West war nicht die Qualität, wie es fälschlicherweise behauptet wird, sondern der Preis des Wohnens. Die Miete war kein Betrag, der nennenswert ins Gewicht fiel. Es ging nie darum, die Wohnung nicht bezahlen zu können. Eine 75 Quadratmeter große Wohnung plus Fernheizung hatte zum Beispiel einen Mietpreis von 120 Mark inklusive Warmwasser und generell geringen finanziellen Aufwand für Strom, Heizung, Gas usw.

Der Druck, den diese Gesellschaft auf unsere Familie ausübt, zeigt mir deutlich, welchen Fortschritt demgegenüber ein, wenn auch deformierter, Arbeiterstaat darstellt. Es war mir von Anfang an bewußt, daß ich mich mit diesem kapitalistischen System auseinandersetzen muß, mit meiner kinderreichen Familie, und daß diese Auseinandersetzung ein harter Existenzkampf sein wird. Zusätzlich trifft man auf diskriminierende Meinungen, daß kinderreiche Familien in asozialen Verhältnissen leben.

Aber ich weiß, man löst die Probleme nicht, indem man auf Mitgefühl oder gar ein Wunder hofft.

Für viele Widersprüche der Gesellschaft, in der ich lebte, hatte ich keine Erklärung. Ich kannte das Programm der Bolschewiki, das heute durch das Programm der SpAD als deutsche Sektion der IKL repräsentiert wird, nicht und konnte nicht die Ursachen für die Fehler an diesem System erkennen, obwohl sie stellenweise offensichtlich waren. Aber zu denken, daß ein kapitalistisches Großdeutschland die Lösung ist, davon war ich weit entfernt. In diesem System wird die Lobhymne auf die „heilige Familie“, die eine praktische Einrichtung der Bourgeoisie ist, noch etwas lauter gesungen.

Man könnte unzählig andere Beispiele aufführen, die den

Fortgesetzt auf Seite 21

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4 92 78 66
Halle	SpAD, Postlagernd Hauptpostamt, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Telefon: (0 40) 32 36 44
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Mittwoch von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreif, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)
---------------	--

Große Demonstration gegen Jelzin in Moskau

Zehntausende Demonstranten in Moskau gegen Jelzins Vorstoß zur Zerstörung der UdSSR und zur kapitalistischen Restauration. Auf einer Demonstration am 17. März wurden über 31 500 IKL-Flugblätter „Bildet Arbeiter- und Soldatenräte, um die kapitalistische Restauration zu stoppen!“ an die Teilnehmer verteilt



Reuters

MOSKAU – Zehntausende kamen hier am 17. März zur Demonstration, dem bisher größten Protest gegen den russischen Präsidenten Jelzin seit der Verhängung der drakonischen Preiserhöhungen zu Beginn des Jahres. Schätzungen der Teilnehmerzahl reichten bis über 200 000; in Scharen strömten die Menschen am Ende des Arbeitstages aus der U-Bahn-Station in Richtung Manegeplatz in der Nähe des Kreml. Anders als bei der jüngsten Welle von Anti-Jelzin-Demonstrationen, bei denen überwiegend Slawen waren, konnte man hier das wahre multinationale Gesicht von Moskaus Proletariat sehen. Die Atmosphäre erinnerte an die Demonstration zum Revolutionstag am 7. November, als die nationalistischen Tiraden der stalinistischen „Patrioten“ in einer Flut von sozialem Protest untergingen.

Die Demonstranten kamen in der Hoffnung, eine Antwort auf Jelzins erbarmungslose kapitalistische Verelendungspolitik zu finden. In den letzten Monaten sind die sowjetischen Werktätigen gezwungen worden, gerade mal mit Brot über die Runden zu kommen, und jetzt hat Jelzin sogar alle Preiskontrollen für Brot und andere Grundnahrungsmittel aufgehoben. Doch die Organisatoren der Demonstration, die stalinistisch/nationalistische Gruppierung „Werktätiges Rußland“, dominiert von der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKRП), hatte der Menge kaum mehr anzubieten als haufenweise nationalistische Ablenkung. Trotz vagen Geredes vom Podium über eine Wiederherstellung der Sowjetunion und gelegentlicher Erwähnung von Sozialismus war der wirkliche Zweck der Demonstration, auf das angeschlagene Jelzin-Regime Druck auszuüben.

Zu der Demonstration war aufgerufen worden aus Anlaß des Jahrestages der Volksabstimmung im letzten Jahr, bei der eine Mehrheit für den Erhalt der Union gestimmt hatte, und um die Unterstützung der Bevölkerung für den Versuch einer Wiedereinberufung des aufgelösten sowjetischen

Parlaments zum Ausdruck zu bringen. Moskaus Bürgermeister Gawril Popow hatte ursprünglich gedroht, die Demonstration ganz und gar zu verbieten, und in der sowjetischen Presse konnte man immer wieder lesen, daß es eine noch blutigere Konfrontation als am 23. Februar geben könnte, als Popow und Jelzin Tausende von Polizisten gegen die Demonstranten am Tag der sowjetischen Armee losgelassen hatten. Angesichts starken Widerstands zog Popow das Verbot zurück, aber das erneute Zusammentreten des sowjetischen Parlaments wurde für illegal erklärt.

Letzten Endes erschienen kaum 10 Prozent der 2250 ehemaligen Deputierten, darunter der stalinistische frühere Anti-Gorbatschow-Hardliner Jegor Ligatschow und der „schwarze Oberst“ Viktor Alksnis. Nachdem man sie hastig mit Bussen in eine Gegend am Stadtrand gefahren hatte, trafen sie sich im Versammlungssaal des landwirtschaftlichen Staatsbetriebs Woronowo; Strom und Licht waren abgestellt worden. Dieses lächerliche Ehemaligen-Treffen weigerte sich, sich auch nur symbolisch gegen Jelzins Konterrevolution auszusprechen. Eine einstimmige Resolution „Zur sozioökonomischen Lage“ forderte „Privatisierung von großen Teilen des Staatseigentums auf Aktienbasis“ und jammerte, „kein Reformprogramm ist möglich unter der ständigen Entwicklung zentrifugaler Tendenzen zwischen den Republiken und Regionen“.

Im Vorfeld des totgeborenen „Kongresses“ veröffentlichte die russische nationalistische Zeitung *Dien* (15. März) eine „Erklärung zur Gründung der Vereinigten Opposition“. Die Unterzeichner reichten von der RKRП und Roy Medwedews Sozialistischer Partei der Arbeit bis zum „Koordinierungsrat der Unabhängigen Bürgerbewegung zur Unterstützung des Unternehmertums“ und so uralten Vereinen wie die „Kosakenunion“ und dem „Fonds für die Restaurierung des Schreins für Christus den Erlöser“. Die Erklärung

Fortgesetzt auf Seite 6

Moskau...

Fortsetzung von Seite 5

rief zur „Rettung des Vaterlands ... durch gemeinsame Aktionen auf der Basis von öffentlichem Frieden“ auf und warnte vor einer „Konfrontation zwischen ‚Weißen‘ und ‚Roten““. Es schloß mit einem Appell an „Gerechtigkeit, Populismus, Staatlichkeit und Patriotismus“.

Die zusammengewürfelten Stalinisten und antisemitischen russischen Nationalisten, die sich als „sowjetische Patrioten“ aufspielen, tun noch nicht einmal so, als ob sie die sozialisierten Grundlagen des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaats verteidigen. Sondern ihnen geht es nur um einen „starken Staat“ unter der alten zaristischen Rubrik „Rußland, einig und unteilbar“. Typisch, daß die Demonstration vom 17. März von ihren Organisatoren als wetscho angekündigt wurde, das Wort für eine traditionelle slawische Gemeindeversammlung. Die Menge war ekelhaftem großrussischem Chauvinismus und mittelalterlichem Obskurantismus ausgesetzt; das ging von einem Priester, der den „heiligen Geist“ beschwor, bis zu einer Schimpfkanonade gegen den angeblichen Verkauf von Moskauer Babys an amerikanische Homosexuelle. Auf dem Podium traten der monarchistische Fernsehkommentator Alexander Newsorow und der antisemitische „rote General“ und RKRZ-Zentralkomitee-Mitglied Albert Makaschow auf, der bei der Kundgebung zum neuen „Präsidenten“ der Sowjetunion ernannt wurde.

Was der „schwarze Oberst“, der „rote General“ und ihre Gleichen wollen, ist ein bonapartistisches Regime, das beim Übergang zum Kapitalismus „öffentlichen Frieden“ erzwingen soll. Und der Hauptkandidat für den Bonaparte ist Jelzins Vizepräsident Alexander Ruzkoi, der immer wieder betont, daß eine „Periode starker und fester Herrschaft“ nötig sei, um einen „geregelten Übergang zu einer freien Marktwirtschaft“ zu gewährleisten. Makaschow gab am Tag vor der Demonstration zu, „wir können zum Glück mit Jelzin kooperieren“. Er fügte hinzu: „Der Kongreß wird die alte Union nicht wiederherstellen. Aber er wird der nächsten patriotischen Regierung von Rußland, die dafür arbeiten wird, zu erhalten, was unsere Vorfahren in einem Jahrtausend aufgebaut haben, Legitimität verschaffen.“ Ein Artikel auf der Titelseite der Londoner *Financial Times* (26. März) hatte daraufhin die Überschrift: „Druck

auf Jelzin, als Präsident zurückzutreten, nimmt zu“.

Für die vielen Millionen sowjetischen Werktätigen, die unter der Peitsche der kapitalistischen Austerität leiden, ist diese groteske Volksfront von Stalinisten und großrussischen Chauvinisten eine gefährliche und kriminelle Ablenkung. Das Gefühl der Notwendigkeit, gegen den konterrevolutionären Ansturm kämpfen zu müssen, kam am 17. März zum Ausdruck in der Aufgeschlossenheit gegenüber der internationalistischen Politik der Internationalen Kommunistischen Liga. Über 31 500 IKL-Flugblätter „Bildet Arbeiter- und Soldatenräte, um die kapitalistische Restauration zu stoppen!“ (siehe *Spartakist* Nr. 94, März/ April) wurden von den Demonstranten weggeschnappt, viele nahmen Stapel, um sie an Kollegen weiterzugeben, mehrere meldeten sich freiwillig an Ort und Stelle, um beim Verteilen zu helfen. Man hörte antisemitische und antikommunistische Beschimpfungen, doch sie wurden überhört von Demonstranten, die riefen: „Gut gemacht, Internationalisten!“, als Reaktion auf unsere Forderungen „Verteidigt die Sowjetunion! Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!“

Die Stalinisten der RKRZ können es nicht ausstehen, daß unsere Aufrufe zu internationalistischem Klassenkampf, um Jelzins Konterrevolution zu besiegen, diese positive Aufnahme finden. In einem üblen Akt von politischem Schlägertum griff am 22. März eine Bande von Antisemiten und Stalinisten unsere Genossen an, als sie beim regelmäßigen wöchentlichen Protest zur Verteidigung des Lenin-Museums verkauften. Diese Erben Stalins und der zaristischen Schwarzhundertschaften werden die Stimme des authentischen Kommunismus nicht zum Schweigen bringen!

Den Überbleibseln der Stalinisten kann es nämlich bald passieren, daß sie selber von ihren nationalistischen und offen faschistischen „Bündnispartnern“ zu Boden gefegt werden. Der einzige Weg zur Verteidigung und Regeneration der Sowjetunion liegt in der Rückkehr zum internationalistischen Programm des Oktober. Mehr denn je ist es dringend notwendig, einen multinationalen leninistisch-trotzkistischen Kern der Avantgarde zusammenschmieden, der es sich zur Aufgabe macht, die Flut der Konterrevolution durch eine proletarisch-politische Revolution zurückzuschlagen und in den Kreml die rote Fahne des Internationalismus zurückzubringen.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 548, 3. April

Kohl ehrt Nazi-Kriegsverbrecher Waldheim

Inzwischen fühlt sich der Führer-Kanzler des Vierten Reichs und Architekt des obszönen Kniefalls vor SS-Gräbern in Bitburg stark genug, für den international geächteten österreichischen Bundespräsidenten und Nazi-Kriegsverbrecher Kurt Waldheim den Roten Teppich auszuliegen: „Das bestimme ich als Bundeskanzler“. Die SPD war dabei stiller Komplize, die PDS lobte Waldheims „weltpolitische Verdienste“!

Waldheim wurde 1986 vor der ganzen Welt als faschistischer Kriegsverbrecher und Lügner entlarvt. Seit 1938 Mitglied der SA, war er im Zweiten Weltkrieg Adjutant von Generaloberst Alexander Löhr, der 1947 in Belgrad als Kriegsverbrecher hingerichtet wurde. Waldheim war verantwortlich für die Ermordung



Ludwig Hübl/Reuters

von Zehntausenden jugoslawischen Partisanen, und in Saloniki für die Massendeportationen von 50 000 griechischen Juden in die Gaskammern. Schon 1986 nannte Kohl ihn

einen „großen Patrioten“.

Nach der Konterrevolution in der DDR glaubt Kohl seine Zeit für gekommen, die Rachegeleüste des Vierten Reichs offen zu zeigen. Er hielt eine antisemitische Haßtirade gegen den Jüdischen Weltkongreß, der „in unerhörter Weise gegen die deutsche Einheit polemisiert“ habe. Nazi-Aufmärsche, rassistischer und antisemitischer Terror steigen weiter an.

Kohl und Waldheim wollen in Jugoslawien „deutsche Ordnung“ durchsetzen. Die Rote Armee hat den Hitler-Faschismus zerschlagen, dringender als je muß die Arbeiterklasse weltweit die Macht ergreifen, um die Nazi-Verbrecher zu bestrafen, Rassismus, Nazi-Terror und imperialistische Kriege zu beenden.

SPD: Partei des Judenmörders Just

Nach zwei Jahren antikommunistischer Hexenjagd ist nun in den Reihen der Oberhexenjäger der SPD eine abscheuliche Ratte aufgetaucht. Sein Name: Gustav Just. Sein Verbrechen: Judenmord.

Als Wehrmachtssoldat, der sich freiwillig für Hitlers „Unternehmen Barbarossa“ gegen die Sowjetunion gemeldet hatte, nahm Just am 15. Juli 1941 an einem Erschießungskommando teil, das in einem ukrainischen Dorf sechs Juden ermordete. Für diese Bluttat wurde Just anschließend zum Leutnant befördert. Mit dem Ansturm der kapitalistischen Konterrevolution hievte ihn die SPD wieder nach oben.

Als SPD-Mitglied und mit voller Unterstützung und Rückendeckung von Stolpes Landesregierung saß Just als Alterspräsident im Brandenburger Landtag und als Vorsitzender im parlamentarischen Verfassungsausschuß. Justizminister Bräutigam war mit dem Fall des Judenmörders bestens vertraut. Und auch Stolpe, berüchtigt durch seine Supermarktpläne für die KZ-Gedenkstätte Ravensbrück, wußte über „Kriegsverbrechen“ von Just Bescheid. Doch sie haben dies *seit Jahren vor der Öffentlichkeit vertuscht*.

Bräutigam entschuldigt Just mit der Behauptung, daß dieser sich nicht „aus Rassenhaß an der Tat beteiligte“. Wirklich? In Justs Kriegstagebuch steht: „Wir stellen sechs Juden an die Wand“, die Deutschen müßten klarstellen, „daß wir die Herren sind“ (*Berliner Zeitung*, 19. März). Die Tatsache, daß zur gleichen Zeit ein Prozeß gegen den ehemaligen Stasi-Chef Mielke auf der Grundlage von „Beweisen“ geführt wird, die durch Gestapo-Folter herausgepreßt wurden, hat Bräutigams/Stolpes SPD-Kollegin Jutta Limbach nicht daran gehindert, Mielke rachsüchtig ins Grab jagen zu wollen! Warum? Weil Mielke stellvertretend für den Arbeiterstaat DDR vor Gericht gestellt wird, während Just erst dem Dritten Reich diente und jetzt dem Vierten Reich. *Gustav Just ist ein Kriegsverbrecher und verdient es zumindest, für den Rest seines Lebens hinter Gitter gesperrt zu werden!*

Just war nur ein kleiner Fisch in der großen Mordmaschine der deutschen Imperialisten. Die Bluttat, die er an jenem Tag beging, wurde sechs Jahre lang, Tag ein und Tag aus, an Millionen von Sowjetbürgern, Sinti und Roma, Juden, Slawen und anderen Völkern begangen. Die Ukraine wurde in eine Mondlandschaft verwandelt, Tausende Dörfer und Städte wurden dem Erdboden gleichgemacht. Diesem Völkermord wurde erst durch den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland ein Ende gesetzt, der die Völker Osteuropas und Ostdeutschlands befreite und die Basis für die Umwandlung dieser Länder in Arbeiterstaaten (obwohl bürokratisch deformiert) legte. Der Zweck der „Anti-Stasi“-Hetze ist es, Rache für diesen Sieg zu nehmen; also empfängt die SPD Nazi-Kriegsverbrecher wie Just mit offenen Armen.

SPD: Trojanisches Pferd der Konterrevolution

Die Brandenburger SPD-Abgeordneten haben ihre „ungebrochene Solidarität“ mit dem Kriegsverbrecher Just erklärt, weil er in der Sowjetunion und der DDR gegen den Kommunismus gekämpft hat. Seit ihrer Abstimmung für die Kriegskredite am 4. August 1914 kämpft die SPD auf der Seite des deutschen Imperialismus gegen die sozialistische Revolution und den Kommunismus. Ihre Umarmung von Nazis fing nicht erst bei Just an, sondern mit der Bildung der Freikorps, die nach dem Ersten Weltkrieg die Schlägertruppen gegen die Deutsche Revolution waren und die Vorläufer von Hitlers Braunhemden. 1990 stand die SPD an der Spitze der Hetze gegen die riesige antifaschistische Demonstration gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow – eine Hetze, die ein entscheidender Schritt zur

Zerschlagung der DDR war. Von Lafontaines/Raus rassistischen Angriffen auf die Sinti und Roma, Opfer des Holocausts, bis zur antikommunistischen Hexenjagd steht die SPD an der vordersten Front der Konterrevolution.

Wie zuvor beim Nazi-Prozeß gegen Mielke ergriff die PDS/Linke Liste auch im Fall Just sofort die Gelegenheit, sich gegenüber den SPD-Hexenjägern als dienstbar zu erweisen. Michael Schumann, PDS-Abgeordneter im Brandenburger Landtag, stellte dem Stolpe/Bräutigam-Gespann einen Persilschein aus: „Aber ich bezweifle nicht, daß eine verantwortungsvolle und gründliche Prüfung stattgefunden hat“ (*Berliner Zeitung*, 24. März). Doch nicht nur die SPD, sogar Just selbst wurde von der PDS in Schutz genommen, weil er „in jungen Jahren der nationalsozialistischen Lüge erlag“. Aus einer Stellungnahme der Landtagsfraktion PDS/LL, die von drei PDS-Vorstandsmitgliedern kritisiert wurde, geht hervor, Justs Schuld sei zwar moralisch nicht tilgbar, „obwohl er Konsequenzen zog und später Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen leistete“ (*Neues Deutschland*, 13. März)! Als loyale Kämpfer im Lager der Antikommunisten schlüpft die PDS mit jedem Dreck unter eine Decke: von Jelzins konterrevolutionären Barrikaden im letzten August bis zu ihrem Lobgesang auf Justs antikommunistische Tätigkeit ist der PDS kein Preis zu hoch, um sich der rassistischen, antisemitischen Volksfront der SPD anzuschließen.

Aus welchem Grund auch immer sich die Stalinisten in den 50er Jahren geweigert haben, Just für den Mord an den ukrainischen Juden seiner gerechten Strafe zuzuführen, dies war ein Verrat an der Arbeiterklasse und an allen Opfern des Nazi-Terrors. Doch die heuchlerischen Hetzartikel des *Spiegel*, die DDR sei ein „Freund der kleinen Nazis“ gewesen, können nicht die grundlegende Tatsache verschleiern, daß die DDR durch die *Zerschlagung* des Nazi-Regimes durch die Rote Armee auf der Grundlage von proletarischen Eigentumsformen aufgebaut wurde, während die Imperialisten der BRD den Nachfolgestaat des Dritten Reichs führen. Insgesamt wurden 12 864 Personen in der DDR bis zum 1. Januar 1981 wegen Kriegsverbrechen bestraft. Der ehemalige DDR-Staatsanwalt Peter Przybylski schreibt in seinem Buch *Zwischen Galgen und Amnestie* (1982):

„Obwohl die DDR nur ein Drittel des Territoriums des ehemaligen deutschen Reiches umfaßt und zahlreiche Naziverbrecher 1945 in die Westzonen bzw. in die BRD geflohen waren, ist die Zahl der hier verurteilten Täter doppelt so hoch wie in der BRD – von der Höhe des durchschnittlichen Strafmaßes ganz zu schweigen.“

Es ist ein Problem, daß die DDR einige wie Just entkommen ließ. Aber nichts weist auf die Kontinuität zwischen dem Dritten und Vierten Reich deutlicher hin als die hohen Posten, die die Globkes (Nürnberger „Rassengesetze“), Schleyers (SS), Carstens (SA) und SPD-Finanzminister Karl Schiller (SA) in der Bundesrepublik innegehabt haben. Heute verfolgt das Vierte Reich DDR-Richter, die in den Waldheimer Prozessen Nazi-Verbrecher verurteilten.

Der Antisemitismus gehört untrennbar zum Drang nach Osten der deutschen Bourgeoisie. Dabei spielt die SPD eine führende Rolle, die als bürgerliche Arbeiterpartei die Arbeiterklasse an ihre Ausbeuter kettet. Im Kampf für den Aufbau einer leninistischen Partei müssen Revolutionäre den Würgegriff der Sozialdemokraten und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten brechen, durch den die Arbeiter gefesselt sind. Notwendig ist die Mobilisierung von Arbeitern und Immigranten, um die Nazis – die alten und neuen – zu zerschlagen und ihnen den Nährboden zu entziehen. *Arbeiterrevolution wird die Opfer des Holocausts rächen!* ■

Zur Ehre unserer ermordeten Genossin Martha Phillips

Wir setzen hier den Abdruck von Erinnerungen an Martha Phillips fort, die am 9. Februar in Moskau ermordet wurde. Für diejenigen, die Martha kannten, trägt dies dazu bei, sie zu ehren und um sie zu trauern. Weil aber ihre Beiträge zu unserer Partei so vielfältig waren und ihr Leben so viele Aspekte unserer Parteigeschichte betraf, könnten auch andere Leser vieles davon wertvoll finden, um unsere Ansichten, Aktionen und unsere Arbeitsmethode zu verstehen. Indem wir sogar diese Tragödie für den Aufbau unserer Partei einsetzen, wie Martha es gewollt hätte, erhalten wir ihren Einfluß nach ihrem Tod aufrecht als lebendige Kraft.

Nachfolgend drucken wir Auszüge einer redigierten und stark gekürzten Auswahl schriftlicher Beiträge und Reden bei Gedenkveranstaltungen aus *Workers Vanguard* Nr. 546 (6. März) und Nr. 547 (20. März). Es ist unmöglich, all die bewegenden Zeugnisse wiederzugeben, die von Genossen und Freunden in den USA und aus der ganzen Internationale eingebracht wurden. Die Prometheus Research Library (PRL), für die Martha in Kalifornien als Repräsentant arbeitete, wird als nächste Ausgabe ihrer Forschungsreihe ein Bulletin herausgeben, das dem Gedenken an Martha Phillips gewidmet ist, und es wird einige der Schulungen einschließlich, die von Genossin Martha gegeben wurden.

Am 1. März ehrten Genossen und Freunde der Spartakist-Gruppe Polens Martha bei der Gedenkstätte des Warschauer Gettos. Unsere Genossen in Tokio schrieben in ihrem Nachruf in *Spartacist* (Japan) Nr. 11, Februar:

„Genossin Marthas plötzlicher und tragischer Tod hat ein großes Loch in unserem Kampf hinterlassen, die Vierte Internationale wiederzuschmieden. Ihre lebenslange Verpflichtung für den Kommunismus und die Verteidigung der Sowjetunion, und besonders ihre Entscheidung, in die Sowjetunion zu gehen, um für den Aufbau einer neuen bolschewistischen Partei zu kämpfen, steht in der Tradition der mutigen militanten amerikanischen Seeleute der SWP, die sich unter Einsatz ihres Lebens für die Murmansk-Linie meldeten, um dringend benötigtes Material hinzubringen, um die Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges zu verteidigen. Ewiges Andenken an Genossin Martha, proletarische kommunistische Aktivistin!“



Workers Vanguard

1948 – 1992

Sam H. (Spartakist-Gruppe Japan): Wieder stehen wir vor der herzerschütternden Erfahrung, eine Genossin zu verlieren, in diesem Fall Martha, meine älteste politische und persönliche Freundin und jemand, der mir unersetzlich nahe stand und teuer war. So schmerzvoll dies auch ist, wir müssen das Leben und die Arbeit unserer Genossen in Erinnerung behalten; sowohl persönlich als auch politisch. Martha war einzigartig, und ich kann es immer noch kaum glauben, daß sie fort ist. Das Leben hat seine grausamen Momente, und dies ist einer davon, was sehr schmerzt.

Ich glaube, wir traten der YSA auf der gleichen Sitzung bei, und wir wurden Freunde, mit meiner Frau und David, wir vier. Anders als viele Jugendliche, die revolutionäre Organisationen durchlaufen und das beste Semester ihres Lebens hingeben, war Martha ihr ganzes Leben lang der Sache ergeben.

Ich denke, daß Martha und ein paar andere, wie ich selbst, die SWP von 1970 für bare Münze nahmen, das heißt, dies war immer noch die Partei von Cannon und der Russischen Revolution. Es sollte für uns ein böses Erwachen geben, aber wir stürzten uns in die Arbeit. Madison war damals ein Zentrum politischer Aktivitäten, und es gab zahllose Kundgebungen, Demonstrationen, Sit-ins, Flugblattaktionen vor Einberufungsbehörden und unendlich viele Vorbereitungstreffen, wo man hingehen konnte. Das interne Leben der YSA war genauso hektisch, und Martha war, was keinen überraschte, immer mitten drin.

Zuerst glaubten wir unseren älteren Parteigenossen. Und der reformistischen, sozialpatriotischen Linie der „gewaltfreien/legalen“ SWP hängten die zynischen Mandelianer [Anhänger des eingefleischten Zentristen Ernest Mandel vom Vereinigten Sekretariat], die in Madison die Organisation anführten, ein linkes Mäntelchen um. Im Glauben, daß dies eine proletarische revolutionäre Partei sei, machten sich die ernsthafteren der jüngeren Genossen an die Aufgabe, uns zu schulen. Martha verschlang damals Lenin und Trotzki, und ich kann mich daran erinnern, daß die erste Schulung, die ich sie halten hörte, über Lenins Werk *Imperialismus* aus dem Jahr 1916 ging, und sie war wahrscheinlich kaum länger als sechs Monate Mitglied gewesen. Sie war eine sehr kluge Frau!

Der Ausbruch von Opposition gegen den schmutzigen

völkermörderischen Krieg des US-Imperialismus gegen die Vietnamesen war recht massiv. In der Studenten-Hochburg Madison schaffte es die SWP manchmal, Demos mit 20 000 oder sogar 50 000 Leuten anzuführen. Die linken Jugendlichen, wie Martha, würden dafür eintreten, daß diese Demonstrationen „gewaltfrei und legal“ sein müssen, weil wir für die proletarische Revolution seien und es nicht die Aufgabe der Antikriegsbewegung sein könne, Parkuhren zu demolieren, sondern vielmehr, die soziale Macht des Proletariats zu organisieren, die die Kriegsmaschine anhalten kann. Das war der Tenor der öffentlichen Reden, die wir damals hielten. Wir waren in die Volksfront verstrickt, na klar, aber wir haben versucht, dieser Arbeit ein linkes Gesicht à la Mandel zu geben.

Ein weiteres Beispiel: die feministische Bewegung war voll im Gang, und eine Gruppe namens „Frauenaktionsbewegung“ (WAM) wurde gegründet. Männer wurden nicht zugelassen, denn die SWP kapitulierte total vor dem bürgerlichen Feminismus (und Mandel auch), aber die Linken in der Ortsgruppe versuchten wieder, eine möglichst radikale Linie durchzudrücken. Die Linie der SWP war damals das „Recht zu wählen“, aber diese WAM-Gruppe hatte regelmäßige Schulungen, wo Sprecher der YSA Referate hielten über solche Themen wie Engels' *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, und wir kämpften für kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr und für kostenlose Abtreibung auf Wunsch. Die YSA stellte zentrale Führerinnen der Frauenbewegung in Madison, und ich glaube, die beiden Hauptführerinnen dieser Arbeit waren Martha Quinn, die Frau des wichtigen SWP-Führers in Madison, Pat Quinn, und der junge Hitzkopf Martha Phillips.

In dieser Zeit (und wir sprechen hier von Monaten, nicht Jahren) war Martha in der Ortsleitung. Das interne politische Leben war stürmisch, zahlreiche Kämpfe brachen aus, aber politisch trugen wenige zur Klärung bei. Damit will ich nicht sagen, daß nicht manche prinzipienfeste Positionen bezogen wurden. Ich kann mich besonders an einen Kampf erinnern, bei dem Martha eine starke Rolle spielte. Bei einer der feministischen Demonstrationen damals riefen eine Reihe von Frauen der YSA fröhlich zusammen mit den Pro-NOW-Typen: „Power für die Sisters; Nehmt es von den Mistern!“, und wir hatten darüber innerhalb der Madison-YSA einen harten Kampf. Martha kämpfte zusammen mit anderen erbittert dafür, daß dieser Sprechchor eine grundlegende Abweichung vom marxistischen Verständnis war, daß die Trennungslinien in der kapitalistischen Gesellschaft Klasse gegen Klasse verlaufen und nicht Geschlecht gegen Geschlecht.

Wir kämpften bis zum Umfallen, aber für ein falsches Programm; das dünne linke Deckmäntelchen à la Mandel war nicht der Weg zur Revolution. Zuerst wurden wir zur Tendenz für eine proletarische Orientierung (POT) hingezogen, die einfach sagte, wir sollten das reformistische Programm der SWP nehmen und es den Arbeitern nahebringen. Und wir dachten zuerst: „Na ja, das klingt gut, wenn wir eine Partei des amerikanischen Proletariats sind, wie kommt es, daß es keine Arbeiter in der Partei gibt? Wie kommt es, daß wir keine Betriebsverkäufe machen?“

Aber das war nicht der Punkt. Das Problem mit der SWP war ihr Programm und nicht ihre Orientierung. Die SWP sollte später ihr reformistisches Programm in die Gewerkschaften tragen unter dem Deckmantel „Über Sozialismus reden“. Die POT weigerte sich nicht nur, die Volksfrontpolitik zum Vietnamkrieg zu bekämpfen, sondern stimmte mit der Mehrheit der SWP auch in der Frage von schwarzem Nationalismus und Feminismus überein.

Ich denke, der Vietnamkrieg war die Frage, über die wir den Durchbruch erzielen mußten – im Kampf für eine Klassenlinie zum Vietnamkrieg –, daß „unsere Jungs“ die Vietnamesen waren. Einer der größten Augenblicke in meinem Leben, und sicher auch für Martha, war es, zu sehen, wie die CIA sich an die Hubschrauber klammerte und über eine Luftbrücke aus Saigon rausgebracht wurde. Wir kamen zu dem Verständnis, daß es das Programm der SWP war, das falsch war. Wir waren in der falschen Organisation. Wir wollten kämpfen; diese Leute waren im Weg.

Die Leninistische Fraktion war eine klare Demarkationslinie zwischen den Mandelianern und den Elementen, die nach einem wirklichen leninistischen/trotzkistischen Programm suchten. Die LF war alles andere als eine homogene politische Tendenz, aber ihre Gründungserklärung war ein gutes Dokument. Doch die Fraktion dazu zu kriegen, sich auch an dieses Dokument zu halten, war ein weiterer Kampf. In der SWP sah man Barbara G. als eine der zentralen Führerinnen der Fraktion an, doch sie schreckte bald vor der revolutionären Tragweite unserer Gründungserklärung zurück. Martha löste sie schnell ab in der politischen Führung des Kampfes, die LF zu einer Fusion mit der SL zu bewegen. Etwa ein Drittel der Fraktion fusionierte schließlich. Martha verstand, was der Kampf der Revolutionären Tendenz [1963] bedeutete. Wir waren nicht die ersten Oppositionellen in der SWP, die den Weg gingen. Es war wirklich wichtig, die Geschichte zu verstehen. Also, mitten im Fraktionskampf, der mitten in einem Krieg tobte, stürzte sich Martha auf die Bücher. Denn sie verstand, und David, denke ich, auch, daß der wirkliche Kampf darum ging, daß die Leninistische Fraktion mit der Spartacist League fusionieren mußte, weil die Spartacist League der Kampf von 1963 war und wir im Grunde genommen auf den Dokumenten der RT beruhten.

Die Fraktion schwankte – aber Martha niemals, und sie
Fortgesetzt auf Seite 11



Workers Vanguard

Martha mit Sohn Lael als Streikposten beim Lehrerstreik 1983 in Oakland, Kalifornien

Das beste Gedenken an Martha: „Bringt das Programm von Lenin und Trotzki zum Leben!“

Moskauer Gedenkveranstaltung

Am 29. Februar besuchten rund 60 Teilnehmer eine Gedenkveranstaltung der Internationalen Kommunistischen Liga in Moskau, um unsere ermordete Genossin zu ehren. Außer den Genossen der IKL, die Martha seit vielen Jahren kannten und mit ihr arbeiteten, sprachen ein ukrainischer Veteran der Roten Armee aus dem Zweiten Weltkrieg, ein Herausgeber der sowjetischen linken Zeitung *Kontrargumenti i Fakti*, ein Sprecher der stalinistischen Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKRK) und andere. Zur Verteidigung der Veranstaltung gegen eventuelle rechte Angriffe wurde eine Verteidigungsgruppe organisiert, an der sich auch junge Anhänger der RKRK beteiligten.

Menschen aus solch einem breiten persönlichen und politischen Spektrum – von anarchistischen Jugendlichen bis zu harten Stalinisten – kamen zusammen, weil sie gemeinsam Martha schätzten als intelligente und überzeugende Persönlichkeit, als eine ergebene Kommunistin, als hartnäckige und mutige revolutionäre Kämpferin. Solche Charakteristika stachen besonders in der Sowjetunion hervor, wo Jahrzehnte des Stalinismus die Konzeption einer leninistischen Partei als Kampforganisation von Kadern, die auf Basis eines gemeinsamen Programms kämpfen, verfälscht haben. Ein Genosse bemerkte: „Nach so vielen Jahren des mühsamen Trotts in einem stalinistischen Sumpf von Lügern und politischem Kuhhandel kamen unsere Kontakte näher zu uns, weil sie ein bißchen mehr so sein wollten, wie sie Martha sahen.“

Ein Sympathisant aus Leningrad, früher viele Jahre lang Mitglied der Kommunistischen Partei, sprach darüber in seinen Bemerkungen:

„Je mehr Zeit ich mit Martha verbrachte, umso mehr verstand ich, daß sie genau zu der Art Menschen zählte, die man in jeder Hinsicht als Berufsrevolutionäre bezeichnen würde. Gegenwärtig gibt es nur wenige Menschen dieser Art. Und das ist bedauerlich. Obwohl sie nur etwas über vierzig Jahre alt war, war sie von der Art der Revolutionäre, die 1917 die Revolution gemacht haben.“

Sie war äußerst anspruchsvoll in der Auswahl der Kader für die neue Organisation, die in der Sowjetunion gegründet wird. Auf der einen Seite bestand sie darauf, daß so schnell wie möglich Spartakist-Gruppen in Leningrad und anderen Städten gegründet werden. Andererseits war sie sehr genau in ihrer Herangehensweise an jeden, der sich der Organisation anschließen wollte. Eine solche Person mußte in voller Übereinstimmung mit dem Programm stehen, so wie es dargestellt wurde, mit dem Programm, das wir heute das Programm Lenins und Trotzki nennen.“

Auch diejenigen, gegen die die IKL den politischen Kampf aufgenommen hat, bestätigten Marthas scharfsinnigen Intellekt und ihre marxistische Klarheit. Ein Brief, den Martha vor kurzem an das Zentralkomitee der Spartacist League/U.S. geschrieben hat, in dem sie die Situation in der Sowjetunion angesichts der Konterrevolution Jelzins beschreibt, wurde in dem IKL-Nachruf zitiert. Der Herausgeber von *Kontrargumenti i Fakti* bezog sich darauf und sagte:

„Ich war besonders von einer Formulierung aus den

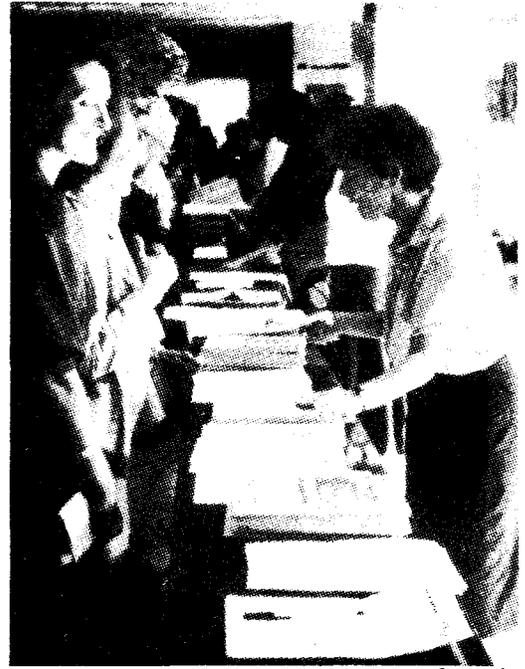
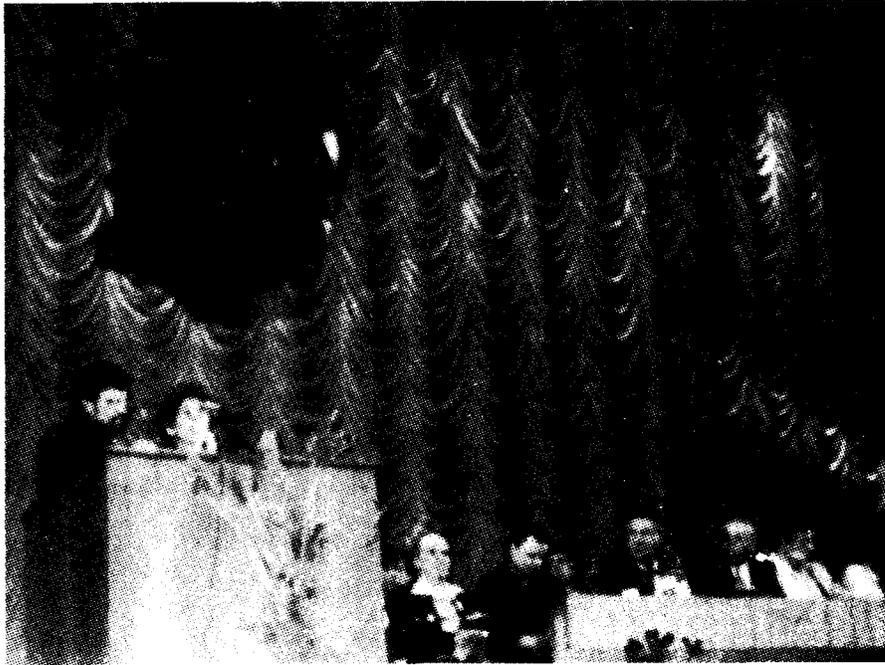
Notizen Marthas zutiefst getroffen, die, das muß ich sagen, eine intelligente Frau war. ‚Alle Manöver hier‘ (sie meinte in der Sowjetunion), schrieb sie, ‚finden statt unter dem, was ich aus Mangel einer besseren Bezeichnung den ‚Schatten der Arbeiterklasse‘ nennen würde.‘ Nun, nach was für einem besseren Ausdruck könnte man suchen? Der Ausdruck ist gefunden worden, und das ist er. Seht euch nur unsere gegenwärtige politische Arena an, und ihr seht den riesigen Schatten der Arbeiterklasse. Aber die Arbeiterklasse fehlt, jedenfalls zur Zeit, in unserer politischen Arena. Bestimmte Parteien können herumgehen und sich immer wieder selber ‚Arbeiter‘ nennen, aber das ist immer noch die Situation.“

Einer der IKL-Sprecher beschrieb die Schwierigkeiten, mit denen Martha konfrontiert war, bevor sie in der Sowjetunion eine machtvolle und bekannte Sprecherin für unsere trotzkistische Politik wurde. „Einmal war sie eine Ausländerin; zweitens war sie Jüdin; drittens war sie eine Frau.“ Martha begann spät in ihrem Leben, Russisch zu lernen, eine „höllisch schwere“ Sprache, doch sie kämpfte mit ihrem begrenzten Wortschatz darum, scharf und politisch treffend zu sein: „Ihr Russisch war nicht mit einer Bürste, sondern mit einem Hammer gemacht.“ Er erinnerte an einige von Marthas politischen Interventionen, die sie während ihrer kurzen Zeit in der Sowjetunion gemacht hat, und an deren Auswirkung auf die Zuhörer:

„Es war Martha, die nach vorne kam, um am 20. Juli 1991 vor dem Moskauer Arbeiterkongreß zu sprechen. Viele von euch, die heute in diesem Raum sind, sahen und hörten Martha damals zum ersten Mal. Diese Veranstaltung war für viele ein Versuch, einen Weg zu finden, um Jelzins/Gorbatschows/Bushs Drang zur kapitalistischen Restauration entgegenzutreten. In ihren Ausführungen versuchte sie offenzulegen, was eine kapitalistische Restauration für die Werktätigen in der Sowjetunion bedeuten würde, und sie zeigte eine kämpferische Perspektive der proletarisch-politischen Revolution, um die Sowjetunion zum internationalistischen Programm zurückzubringen, das die Oktoberrevolution 1917 mit Leben erfüllte. Sie warnte, daß die Konterrevolution sich wie in Osteuropa auf einheimischen Nationalismus stützen wird, um ihn als Rammbock gegen die historischen Interessen des multinationalen sowjetischen Proletariats zu benutzen. Und sie hob hervor, daß der russische Nationalismus untrennbar mit Antisemitismus verbunden ist.“

Sie war in der Lage, mitreißende politische Reden zu halten, und rief unter wiederholtem Applaus dazu auf: Alle Macht den Sowjets! Stoppt die kapitalistische Konterrevolution! Lang lebe die Sowjetunion! Unter all den Grüßen, die an die Konferenz abgegeben wurden, erhielt sie den meisten Beifall. Sie hatte erst angefangen zu zeigen, welche Rolle sie im Lauf der Zeit hätte spielen können. Vielleicht ist das auch von Feinden bemerkt worden.

Der letzte Verkauf von Martha war bei der Zusammenkunft von Offizieren am 17. Januar vor dem Troitzki-Tor des Kreml. Die Offiziere nahmen unsere Literatur mit wirklichem Interesse. Aber als später ein Demonstrationzug mit Viktor Anpilow an der Spitze ankam, endete die Sache mit einem physischen Angriff von Anhängern der Anpilow-Demonstration auf unsere Organisation und



Spartacist

Martha am 20. Juli 1991 vor 700 Delegierten der Moskauer Arbeiterkonferenz: „Wir müssen eine Partei schmieden, die gegen alle Formen von Diskriminierung, Nationalismus und Antisemitismus mobilisiert“; rechts: am IKL-Büchertisch

ganz besonders auf Martha. Einer der Angreifer trug ein T-Shirt mit der Aufschrift ‚Pamjat‘. Ein anderer Angreifer war ein Anhänger der RKRK.

Direkt am nächsten Tag gab Martha ihre letzte wichtige politische Erklärung ab, bei einem unionsweiten Schulungsseminar der IKL. Dort griff sie scharf die Politik der Beschwichtigung gegenüber dem nationalen Chauvinismus und Antisemitismus an und den politischen Block der RKRK besonders mit Faschisten und Monarchisten. Sie warnte, daß die restaurativen Kräfte auf den Nationalismus angewiesen sind, um die Arbeiterklasse fest in das Schlepptau der Kampagne für eine Konterrevolution zu nehmen, und daß es besonders schmachvoll ist, die Fahne der Sowjetunion bei Demonstrationen Seite an Seite zu sehen mit Fahnen der monarchistischen und faschistischen Reaktion, der Schwarzhundertschaften.

Eine Partei, die es wert ist, die Partei des Proletariats genannt zu werden, kann nur im Kampf der Verteidigung aller Unterdrückten geschaffen werden. Martha kämpfte dafür sicherzustellen, daß unser Kampf hier genau in dieser Richtung begann. Es ist sehr angebracht, daß die dritte Ausgabe unseres *Bulletin Spartakowzew* mit dem Titel ‚Leninistische Partei: Volkstribun‘

Martha gewidmet ist. In vielerlei Hinsicht hat sie diese Ausgabe inspiriert.“

Marthas Warnungen vor der Gefahr des Nationalismus sind nicht auf taube Ohren gestoßen. Ein junges RKRK-Mitglied, das sich bei der Gedenkveranstaltung an der Verteidigungsgruppe beteiligte, sagte danach: „Wir müssen uns alle als Kommunisten vereinigen, und es muß auf der Basis des Internationalismus sein. Wenn Leute zu mir kommen und sagen, wir müssen die Trotzkisten rausschmeißen, sage ich: Sie sind Kommunisten, und was bist du? Was wir nicht tolerieren können, sind Chauvinisten und Antisemiten.“

In seinen Schlußbemerkungen sagte der Genosse aus Leningrad:

„Das beste Gedenken an Martha wäre die Fortführung dieser Sache. Eine Sache, die – wie man zu sagen pflegte – eine gerechte ist: Wahrhaftig das Programm von Lenin und Trotzki zum Leben zu erwecken, das 70 Jahre lang – das kann wahrscheinlich ohne Übertreibung gesagt werden – wirklich in den Schmutz getreten wurde, sowohl von Stalin als auch von allen nachfolgenden Führern unseres Staats. Um dieses Programm zum Leben zu erwecken, um es von allem zu reinigen und um erneut das anzugehen, was wir im Oktober 1917 begonnen haben.“ ■

Martha...

Fortsetzung von Seite 9

gab vielen Genossen der Leninistischen Fraktion eine Menge Führung. Dies formte Martha und stählte sie. Als also Martha in diese Partei kam, war sie kein neues Mitglied. Sie war ein Kader.

Ich möchte den politischen Einfluß hervorheben, den der Vietnamkrieg auf Martha hatte, und warum es kein Zufall war, daß sie nach Moskau ging. Sie war ein zentraler Bestandteil eines Fraktionskampfes, bei dem eine der wichtigsten Fragen die Verteidigung des deformierten vietnamesischen Arbeiterstaats im Norden war und der Kampf für eine soziale Revolution im Süden. Die Volksfront damals versuchte, eine Niederlage des US-Imperialismus zu *verhin-*

dern – sie versuchte, dem US-Imperialismus aus der Patasche zu helfen. Die SWP damals kroch hinter dem defätistischen Flügel der Bourgeoisie hinterher. Es war die Russische Frage, die sich in einer ganz anderen Weise stellte, in einer anderen historischen Periode. Genau das ist es, wofür wir gewonnen wurden.

Die Vietnamesen waren die Schwächeren, und ihr Heldentum und ihre Zähigkeit trugen ihnen eine Menge Respekt ein bei den neu radikalisierten Linken, die in den 60er Jahren international hervorgebracht wurden. Aber für die Bourgeoisie war es ein Krieg gegen den Kommunismus, und unsere staatskapitalistischen und sozialdemokratischen Opponenten haßten die Vietnamesen genauso wie die Russen. Das Problem war, daß der Vietkong populär war (wie

Fortgesetzt auf Seite 20



**Nationalistischer
Brudermord
zwischen Kroaten
und Serben ist
Vorbote davon, was
kapitalistische
Konterrevolution
heißt**

Radial Press

Kapitalismus restaurieren ohne Kapital? Osteuropa: Nationalismus und Konterrevolution

Die kapitalistische Konterrevolution bringt den Werktätigen Osteuropas unsägliches Elend, und in der Sowjetunion ruft die konterrevolutionäre Offensive den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft hervor. Von Polen bis Jugoslawien hat die wirtschaftliche „Schockbehandlung“, die von den westlichen Bankern diktiert wird, zu Massenarbeitslosigkeit und Hyperinflation geführt. Großbetriebe sind geschlossen worden, während Suppenküchen aufmachen. Obdachlosigkeit

Teil eins von zwei

und Verbrecherbanden spuken durch die Straßen von Warschau, Prag und Budapest. Die Wirtschaftsleistung in Osteuropa ist in den letzten drei Jahren um 25 Prozent gefallen, ein Rückgang, der sich vergleichen läßt mit dem in den USA während der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren. Nach einer lächerlich „optimistischen“ Prognose der Weltbank, deren Sitz Washington ist, soll das Pro-Kopf-Einkommen frühestens 1996 wieder das Niveau von 1989 erreichen, dem Jahr, in dem Michail Gorbatschow Osteuropa der Verwüstung durch die Wall Street und die Frankfurter Banken überließ.

Trotz all ihrer verzweifelten Bemühungen, nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Bürokratien den Kapitalismus zu restaurieren, ist es den konterrevolutionären Regimen in Osteuropa noch nicht gelungen, eine neue kapitalistische Klasse aufzubauen. Die Kleinunternehmer – Taxifahrer, Ladenbesitzer und Handwerker –, die darauf aus sind, in Warschau und Budapest schnell zu Geld zu kommen, haben kaum die Mittel, um die verstaatlichten Stahlwerke, Textilfabriken und Kohlenbergwerke aufzukau-

fen, die jetzt zum Verkauf stehen. Jeffrey Sachs von Harvard, der als führender Kopf hinter Polens wirtschaftlicher „Schockbehandlung“ steckt, sagte bei der jährlichen Versammlung der American Economics Association [Vereinigung amerikanischer Ökonomen], die „Privatisierung in Osteuropa ist ein Debakel gewesen“ (*New York Times*, 6. Januar).

Und wenn auch westliche Geschäftsleute die Restauration des Privateigentums in Osteuropa bejubeln, so lassen sie ihren Sprüchen keine Taten folgen. Abgesehen von ein paar Abschlüssen, die ein großes Propagandaecho gefunden haben, wie die Übernahme der tschechischen Škoda-Werke durch Volkswagen (für ein Zehntel ihres wirklichen Wertes) und der Aufkauf des ungarischen Glühlampenherstellers Tungsram durch General Electric, glänzen die westlichen Investitionen durch Abwesenheit. Die Solidarność-Regierung in Polen, die schon vor zwei Jahren mit der Privatisierungskampagne anfang, hat es geschafft, 20 von 7500 staats-eigenen Betrieben zu privatisieren. Der Wirtschaftsredakteur des Londoner *Economist* bemerkte in bissigem Ton, daß es beim gegenwärtigen Tempo 30 Jahre dauern wird, bis Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn auch nur die Hälfte ihrer verstaatlichten Industrie privatisiert haben!

Ohne die soziale Basis einer echten Bourgeoisie, so wie sie in Westdeutschland für die Übernahme der DDR vorhanden war, ist aggressiver Nationalismus sowohl die treibende Kraft gewesen für eine Wiederherstellung des Kapitalismus in Osteuropa und in der Sowjetunion als auch ein Ergebnis des konterrevolutionären Feldzugs. Von Walesas Polen bis zu Milosevics Serbien dient nationalistische Demagogie – gewöhnlich im Bunde mit aggressiver religiöser

Reaktion – dazu, die Wut der Arbeiterklasse über die wirtschaftliche Verelendung gegen Nachbarvölker und Minderheiten zu wenden, um den alten Militärkader zu zerstören (wie in Jugoslawien), um alle restlichen „Roten“ aus den Regierungsposten und aus der Wirtschaftsverwaltung zu säubern und um einen neuen Staatsapparat zu schmieden, der eindeutig loyal zur bürgerlichen Ordnung steht.

Von der Ostsee bis zur Adria drohen Osteuropa Kriege zur territorialen Vergrößerung, blutige Grenzkonflikte und Massaker zwischen den Bevölkerungsgruppen der stark vermischt lebenden Völker in dieser Region. Antisemitismus nimmt immer mehr zu, und Roma und Sinti werden in Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen von faschistischen Skinheads angegriffen. Der grauenvolle Bürgerkrieg zwischen Aseris und Armeniern um das Kaukasusgebiet Berg-Karabach und der Grenzkrieg zwischen Serbien und Kroatien sind Vorboten zukünftiger Entwicklungen – außer wenn die Konterrevolution durch eine proletarisch-politische Revolution in der Sowjetunion besiegt wird und die wackeligen kapitalistischen Regime, die jetzt in Osteuropa am Ruder sind, von der Arbeiterklasse unter einer wirklich kommunistischen (leninistisch-trotzkistischen) Führung gestürzt werden.

Nationalismus schürt wirtschaftlichen Zusammenbruch

Es ist bei den westlichen bürgerlichen Medien – ob liberal oder rechtsgerichtet – Mode geworden, sich verächtlich zu äußern über die einander bekämpfenden Nationalismen im nachstalinistischen Osteuropa. Die Zeitung der herrschenden Kreise *New York Times* (13. Oktober 1991) zieht über „Alte Stammesrivalitäten in Osteuropa“ her, während der liberale Londoner *Guardian* (28. September 1991) moralisiert: „Unverantwortliche Führer verschärfen die ethnischen Spannungen Osteuropas“. Welche Unverschämtheit! Jahrzehntelang haben diese einflußreichen imperialistischen Organe und ihre politischen Herren in Washington und London *reaktionäre osteuropäische Nationalisten uneingeschränkt unterstützt, um den Sowjet-Block zu zerstören*.

Jetzt jedoch haben der Zerfall des Sowjet-Blocks und der Aufstieg von konterrevolutionären nationalistischen Kräften in der UdSSR – personifiziert durch Boris Jelzin und seine Gegenstücke in den anderen Republiken – in nicht geringem Maße zur wirtschaftlichen Katastrophe beigetragen, vor der Osteuropa steht. Die wirtschaftliche Stabilität der Region basierte auf günstigen Handelsbedingungen mit der UdSSR. Die Sowjetunion lieferte den Ländern des Warschauer Pakts Öl und Erdgas weit unter den Wucherpreisen des Weltmarkts. Im Gegenzug lieferten Polen, die Tschechoslowakei und die anderen Länder an die UdSSR Industrieprodukte, die unter dem Weltmarktniveau lagen.

Der Kreml war bereit, diesen Preis zu zahlen, um die politische und militärische Vorherrschaft der Sowjetunion in der Region aufrechtzuerhalten. Aber als Gorbatschow erst einmal Osteuropa an den NATO-Imperialismus ausgeliefert hatte, leitete Moskau seine Ölexporte für Dollar und D-Mark auf westliche Märkte um. Seit 1989 sind die sowjetischen Öllieferungen an Osteuropa *um die Hälfte gekürzt* worden! Antikommunistische osteuropäische Nationalisten, die jahrelang gegen den angeblichen sowjetischen „Imperialismus“ zu Felde gezogen sind, beklagen sich jetzt bitterlich, daß Moskau kein wirtschaftliches Interesse mehr an ihren Ländern hat.

Zur gleichen Zeit stoßen diejenigen Produkte Osteuropas, die auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig sein könnten – Agrarprodukte und einige Erzeugnisse der Leichtindustrie wie Textilien –, auf *Handelsprotektionismus* im Westen. Während französische und deutsche bürgerliche

Parteien lauthals einen „freien Markt“ in Osteuropa fordern, sind sie sehr darauf bedacht, den Agrarprotektionismus für ihre nationalen Märkte beizubehalten. Der ehemalige polnische Finanzminister Leszek Balcerowicz beschwert sich darüber, daß die Hälfte der polnischen Exporte in die EG hohen Zolltarifen, Einfuhrquoten und anderen Handelshemmnissen ausgesetzt ist: „Und dies in einer Zeit, wo man uns drängt, in Richtung Markt zu gehen. Für uns ist es nötig, daß die EG ihre Barrieren jetzt senkt, nicht erst in



Mendel/Magnum

Von Berlin bis Bukarest: Roma und Sinti, schon unter den Nazis Opfer des Holocaust, werden mit der kapitalistischen Konterrevolution wieder Opfer von staatlichem und faschistischem Terror

vier oder fünf Jahren“ (*Economist*, 21. September 1991). Balcerowicz ist sich wohl darüber im klaren, daß die Konsolidierung des Kapitalismus in der Region noch alles andere als sicher ist.

Im größten Teil Osteuropas brachen die stalinistischen Regime im Verlauf des Jahres 1989 zusammen und wurden durch Parteien ersetzt, die sich einer bürgerlich-„demokratischen“ Konterrevolution verschrieben haben. In der DDR wurde eine beginnende politische Revolution durch den Feldzug der kapitalistischen Wiedervereinigung überrannt, und der deformierte Arbeiterstaat wurde rasch vom mächtigen Vierten Reich des deutschen Imperialismus annektiert. In Jugoslawien brach im letzten Jahr zwischen rivalisierenden Regierungen ehemaliger stalinistischer Bürokraten ein nationalistischer Bürgerkrieg aus. Anderswo auf dem Balkan (Albanien, Bulgarien, Rumänien) haben „reform“stalinistische Regime erfolglos versucht, den „Übergang“ zum kapitalistischen Markt zu leiten. Im Gegensatz dazu wurden in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen die Stalinisten gestürzt, und man versucht nun, in deren Nachfolge junge kapitalistische Staaten zu errichten.

Es gilt jedoch, was wir nach dem fehlgeschlagenen August-Putsch in Moskau und dem erfolgreichen proimperialistischen Gegenputsch unter Jelzins Führung festgestellt haben: „Die Kräfte, die Jelzin unterstützen, wären gern eine kapitalistische Klasse, aber sie sind noch keine. Selbst in Polen, wo der Staat von oben bis unten kapitalistisch ist, hat sich noch keine kapitalistische Klasse gefestigt, weil es ihr fehlt an ... Kapital“ (*Spartakist* Nr. 89, September 1991). Anders als beim organischen Entstehen des Kapitalismus aus dem Schoß der Feudalgesellschaft erfordert die *Wiederherstellung* des Kapitalismus die vorherige Zerstörung

Fortgesetzt auf Seite 14



Newsweek

Warschau: Bergarbeiter protestieren gegen Walesas „Schocktherapie“, diktiert von westlichen Banken

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 13

des Arbeiterstaats und die Errichtung eines konterrevolutionären Staatsapparats. Wie Trotzki in den 30er Jahren schrieb:

„Im Falle einer erfolgreichen bürgerlichen Konterrevolution in der UdSSR müßte sich die neue Regierung für eine längere Zeitspanne auf die nationalisierte Wirtschaft stützen. Was bedeutet dann aber ein derartiger zeitweiliger Gegensatz zwischen Staat und Wirtschaft? Er bedeutet *Revolution* oder *Konterrevolution*. Der Sieg einer Klasse über eine andere bedeutet doch, daß sie die Wirtschaft im Interesse des Siegers umgestalten wird.“ („Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?“, November 1937)

Trotzki bestand auch darauf, daß eine Konterrevolution sich nicht im (parlamentarischen) Rahmen einer „bürgerlichen Demokratie“ durchsetzen könnte, sondern ein hartes bonapartistisches Regime erfordern würde, um den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen. Auf einer solchen Grundlage könnte eine neue Klasse kapitalistischer „Räuberbarone“ die verstaatlichte Industrie übernehmen, die schon jetzt nach dem Diktat des Weltmarkts betrieben wird.

Die protokapitalistischen Staaten in Osteuropa sind jedoch extrem schwach und anfällig. In Polen reißen die Proteste und der Widerstand der Arbeiterklasse praktisch nicht ab, und die Autorität des Solidarność-Regimes in der Bevölkerung sinkt immer tiefer. Eine Meinungsumfrage hat vor kurzem gezeigt, daß Walesas Ansehen noch unter dem von General Jaruzelski liegt, dem letzten stalinistischen Herrscher, und daß eine Mehrheit im nachhinein das harte Vorgehen gegen Solidarność im Dezember 1981 unterstützt. In der Tschechoslowakei verfügt inzwischen die Kommunistische Partei durch die Zersplitterung des „Bürgerforums“ in eine Reihe miteinander rivalisierender Parteien über die größte Parlamentsfraktion. Das Havel/Kraus-Regime ist von der Furcht vor einer sozialen Explosion gekennzeichnet, während es das traditionell sozialistische tschechische Proletariat ins Elend treibt. Prags stellvertretender Finanzminister Dusan Triska warnte: „Sie werden uns noch alle aufhängen.“

Polen: Solidarność-Regime in der Klemme

Nach wiederholten gescheiterten stalinistischen „Reform“-Regimes in Polen, von Gomulka nach 1956 bis Giersek in den 70er Jahren, stand in den letzten zehn Jahren

Solidarność an der Spitze der Kampagne für eine kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa. US-Präsident Reagan und Papst Johannes Paul Wojtyla von Krakow haben eine geheime Verschwörung angezettelt, um die klerikal-nationalistische „freie Gewerkschaft“ mit zig Millionen Dollar über Wasser zu halten, die über die amerikanische Gewerkschaftsbürokratie reingepumpt wurden. Die jüngste „Enthüllung“ der Zeitschrift *Time* über diese „Heilige Allianz“ bestätigt nur, was wir schon vor mehr als einem Jahrzehnt geschrieben haben. Jetzt versucht *Time* die Tatsache zu verschleiern, daß die US-Unterstützung für Walesa & Co. schon lange angefangen hatte, ehe General Jaruzelski 1981 den Griff von Solidarność nach der Macht stoppte (dazu ausführlicher „Solidarność Godfathers: Reagan and the Pope“, *Workers Vanguard* Nr. 546, 6. März).

1989 ließ sich das belagerte Jaruzelski-Regime, unter Druck der westlichen Banken und fallengelassen von Gorbatschows Kreml, auf eine „Machtteilung“ mit Walesa ein, aus der dann die prokapitalistische Regierung Mazowiecki hervorging. Im Verlauf des Jahres 1990 übernahm jedoch Solidarność die totale politische Macht, indem die stalinistischen Minister aus der Regierung gesäubert wurden. Mehr noch, die „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“ (der Kern der Staatsmacht, um mit Engels zu reden) wurden umstrukturiert auf Basis von Loyalität zur im Entstehen begriffenen bürgerlichen Ordnung; die meisten höheren Armeekommandeure wurden ersetzt, und die Sicherheitskräfte wurden aufgelöst. Dies kennzeichnete die Umwandlung von Polen in einen kapitalistischen Staat; den Schlußpunkt setzte die Ablösung von Jaruzelski als Präsident durch Walesa im letzten Dezember.

Es ist jedoch ein extrem schwacher und fragiler kapitalistischer Staat, und im politischen Sinn trifft dies immer mehr zu. Die wirtschaftliche „Schockbehandlung“ stieß von Anfang an auf weitverbreitete Streiks und Arbeiterproteste. Dieser Druck von unten spaltete die Solidarność-Führung in einander heftig befehdende Fraktionen, wobei Walesa sich durch die Verbreitung antisemitischer Demagogie hervortut und seine früheren Mitstreiter ihm diktatorische Ambitionen (!) vorwerfen. Das erste dramatische Anzeichen für den Autoritätsverlust von Solidarność in der Bevölkerung kam mit den Präsidentschaftswahlen im Winter 1990. Während Walesa in der zweiten Runde (bei der die Hälfte der Wahlberechtigten zu Hause blieb) 75 Prozent der Stimmen gewann, bekam ein unbekannter ausgewandeter Geschäftsmann, Stanislaw Tyminski, mehr Stimmen als der Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki.

Kaum hatte Präsident Walesa sein Amt übernommen, sah er sich schon mit einer Streikwelle konfrontiert – Bergleute aus Slask, Transportarbeiter, Fluglotsen. Die Müllabfuhr in Warschau streikte eine ganze Woche lang, und die Armee wurde eingesetzt, um den Müll abzutransportieren. Walesa ließ seine „demokratische“ Fassade fallen und bezeichnete die Streikorganisatoren als „Gesetzesbrecher“, denen er androhte, „alle Mittel und Kräfte einzusetzen, um unsere Ideale zu verteidigen“ (Londoner *Independent*, 14. Juni 1991). Aber unter den augenblicklichen Bedingungen in Polen sind diese starken Worte nur leeres Gerede. Wenn die Polizei oder Armee dazu benutzt werden würden, Streikpostenkettens zu durchbrechen und streikende Arbeiter zu verhaften, könnte dies eine soziale Explosion auslösen, die Walesa in hohem Bogen aus dem Belvedere-Palast feuern würde.

Der Autoritätsverlust von Solidarność unter der Bevölkerung ging einher mit einem gleichartigen Prozeß bei ihrem historischen Schutzherrn (und in gewissem Sinn auch Schöpfer), dem polnischen katholischen Klerus. Nachdem die Kommunisten draußen waren und Walesa drinnen, dachten Papst Wojtyla und Kardinal Glemp, daß Polen

ihnen damit offenstehen würde. Im letzten Frühjahr begann die Kirchenhierarchie eine aggressive Kampagne für das Verbot von Abtreibungen und für die Aufhebung der bestehenden Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung. Dieser Machtpoker der Prälaten löste jedoch eine starke antiklerikale Reaktion aus. Meinungsumfragen ergaben, daß 60 Prozent der Bevölkerung für legale Abtreibung sind und glauben, daß die Kirche einen zu großen Einfluß im öffentlichen Leben hat – dies, obwohl immer noch 90 Prozent sich als praktizierende Katholiken bezeichnen. Einer Umfrage zufolge liegt das Ansehen der Kirche als Institution jetzt unter dem der Armee.

Die Wahlen zum Sejm (Parlament) im letzten Herbst waren ein weiterer Schlag für das Solidarność-Regime. Die Regierungsparteien kamen gerade noch auf 16 Prozent der Stimmen, während die Parteien, die aus der alten stalinistischen Bürokratie entstanden sind, 20 Prozent bekamen. Es stimmt, die ehemaligen Stalinisten haben noch nicht einmal vorgegeben, für den Sozialismus einzutreten, sondern haben statt dessen eine sozialdemokratische „gemischte“ (kapitalistische) Wirtschaft gefordert. Trotzdem hatte Jan Bielecki, der bald darauf geschäftige zweite von Solidarność gestellte Ministerpräsident, Recht, als er das Ergebnis als „Abstimmung gegen die Marktwirtschaft“ bezeichnete. Gleichzeitig haben die Solidarność-Parteien nach rechts an die faschistische Konföderation Unabhängiges Polen (KPN) und an die klerikale Katholische Aktion Boden verloren.

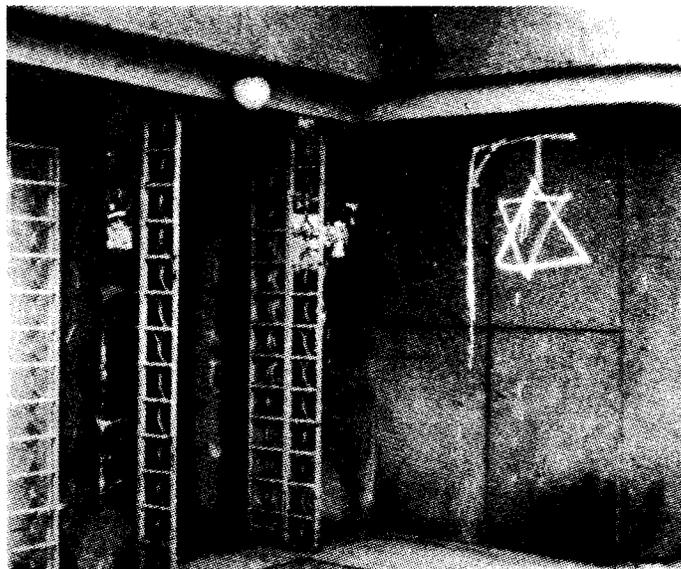
Das Wahldebakel führte zu einer zwei Monate andauernden Regierungskrise, bis die streitsüchtigen Solidarność-Parteien und ihre weiter rechts stehenden Koalitionspartner eine neue Regierung zusammensetzten, die sofort von landesweiten Proteststreiks gegen die steigende Arbeitslosigkeit und Inflation begrüßt wurde. Die *Chicago Tribune* (12. Januar) berichtete, wie eine Frau sagte: „Man hört oft den Satz: ‚Unter den Kommunisten war es besser.‘“ Um seine zusammenbrechende Autorität wiederzugewinnen, könnte das Walesa-Regime sehr wohl seine nationalistische Demagogie verstärken und in den trüben Wassern der zerbrechenden Sowjetunion zu fischen versuchen.

Polen und Revanchismus, Ost und West

Im letzten Jahr legte Walesa einer Gruppe von Geschäftsleuten aus dem Westen nachdrücklich ans Herz: „Investieren Sie Ihr Geld in Polen. Wir kämpfen nicht um die Aufteilung des Landes, wie sie es in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien tun“ (Londoner *Guardian*, 19. April 1991). Polen schuldet seine augenblickliche vielgepriesene „ethnische Reinheit“ den Aktionen von Adolf Hitler und Josef Stalin. Im Zwischenkriegspolen des faschistoiden Diktators Marschall Pilsudski gab es drei Millionen Juden – 10 Prozent der Bevölkerung –, bei weitem der höchste Anteil von allen Staaten der Welt. Zur gleichen Zeit herrschte Warschau auch über große Teile der Ukraine, Belorußlands und Litauens.

Die Nazi-Besatzer „säuberten“ Polen durch Massenmord an der jüdischen Bevölkerung. Und als die sowjetische Rote Armee die Wehrmacht hinaustrrieb, verschob Stalin den polnischen Staat auf der Landkarte westwärts. Die westliche Ukraine, das westliche Belorußland und ganz Litauen wurden in die UdSSR eingegliedert. Als Ausgleich erhielt Polen im Westen das damalige Schlesien, das seit den Tagen Friedrichs des Großen unter deutscher Herrschaft gewesen war. 1945/46 wurden drei Millionen ethnische Deutsche aus Polen vertrieben, und diejenigen, die blieben, unterlagen einer Zwangspolonisierung. Jetzt hat der Zusammenbruch der stalinistischen Nachkriegsordnung in Osteuropa inmitten eines allgemeinen Klimas von Chauvinismus und Reaktion alle nationalen und Grenzfragen wieder aufgeworfen.

In Litauen gibt es eine nicht unbeträchtliche polnische Minderheit, konzentriert im Gebiet um die Hauptstadt Vilnius. Sie besteht überwiegend aus Arbeitern und Bauern und wurde von den Litauern, die dort dominieren, mit Verachtung angesehen und behandelt. Ein Hauptziel der nationalistischen Sajudis – der jetzt in Litauen herrschenden Partei – war die Abschaffung der nationalen Rechte der Polen in Litauen. Als Litauen noch ein Teil der UdSSR war, beschloß die Sajudis-Regierung, Litauisch zur einzigen Amtssprache zu machen. Die Polen, deren zweite Sprache



Spartakist

Warschau: klerikal-nationalistische Solidarność an der Macht entfacht Antisemitismus

Russisch ist – die Verkehrssprache der Sowjetunion –, wurden dadurch praktisch von Regierungsposten und einer höheren Ausbildung ausgeschlossen. Eine der ersten Amtshandlungen von Sajudis nach der Anerkennung Litauens als unabhängiger Staat war es, die örtlichen polnischen Räte abzuschaffen, unter dem Vorwand, daß diese den fehlgeschlagenen Kreml-Putsch unterstützt hätten.

Solange die litauischen Nationalisten sich Gorbatschows Kreml gegenübersehen, stellte sich das Solidarność-Regime in Warschau im Namen antikomunistischer Solidarität voll hinter sie. Aber seit Litauen mit Jelzins Segen unabhängig geworden ist, ist es zunehmend zu Reibungen zwischen Warschau und Vilnius gekommen. So sagte letzten Herbst der polnische Außenminister einen geplanten Litauen-Besuch wieder ab, um gegen die Behandlung der Polen dort zu protestieren.

Während die Situation der unterdrückten polnischen Minderheit in Litauen den rechten polnischen Nationalisten als Ausgangsbasis dienen kann, so kann die Situation in Slask vom bei weitem mächtigeren wiederaufstrebenden deutschen imperialistischen Staat benutzt werden. Jahrzehntlang waren Emigranten aus dem ehemaligen Schlesien und Ostpreußen eine starke Kraft auf der westdeutschen Rechten. Mit dem Zusammenbruch des stalinistischen Regimes erhebt jetzt auch die deutsche Minderheit in Slask wieder ihre Stimme. Und natürlich sehen sie in dem mächtigen deutschen Staat auf der anderen Seite der Oder-Neisse-Grenze ihren Schutzherrn. Als Kanzler Kohl Ende 1989 das polnische Slask besuchte, wurde er mit Bannern begrüßt, die sagten: „Helmut, du bist auch unser Kanzler“.

Für den Augenblick hat Kohl widerstrebend die Oder-Neisse-Grenze als deutsch-polnische Grenze anerkannt. Die Wiedervereinigung hat jedoch zu einer Orgie des deutschen Chauvinismus geführt, gekennzeichnet durch die mörderischen Angriffe auf Polen und dunkelhäutige eingewanderte

Fortgesetzt auf Seite 16

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 15

Arbeiter. Die Kohl-Regierung ließ ihre politischen Muskeln spielen und hat sich im Jugoslawienkrieg erfolgreich gegen ihre EG-Partner und Washington durchgesetzt und wieder Deutschlands traditionelle Rolle als Schutzherr von Kroatien gegen Serbien eingenommen. Und Polen liegt ein ganzes Stück näher und ist historisch und strategisch für den deutschen Imperialismus wichtiger als der Balkan.

Tschechische „Demokratie“ schürt faschistoiden Nationalismus

Westliche Liberale und Sozialdemokraten können die augenblickliche Sorte von osteuropäischen Herrschern kaum anziehend finden – Klerikalnationalisten wie Walesa und Ungarns Josef Antall sowie exstalinistische Apparatschiks, die sich in nationalistische Demagogen verwandelt haben, wie Rumäniens Ilescu und Serbiens Milosevic. Die bemerkenswerte Ausnahme ist Vaclav Havel, der Präsident der Tschechoslowakei – der geistreiche, weltmännische Bohemien und Böhme, ein Schriftsteller und selbsternannter Humanist.

Doch dieser Modell-Liberale unserer Zeit ist die Goliathfigur für Finanzminister Vaclav Kraus, einen fanatischen Bewunderer von Margaret Thatcher und Milton Friedman, dem ehemaligen Wirtschaftsberater des chilenischen Schlächters Pinochet. Die Schockbehandlung durch den „freien Markt“, den das Havel/Kraus-Regime durchführt, hat dem slowakischen Nationalismus Auftrieb gegeben, mit starken faschistoiden Elementen. Genauso hatten in den 30er Jahren die weltberühmten tschechischen „Demokraten“ Masaryk und Benes, Lieblinge der westlichen Linken, dem Pro-Nazi-Nationalismus unter der unterdrückten Minderheit der Sudetendeutschen und dem Klerikalfaschismus unter den unterdrückten Slowaken Vorschub geleistet.

Seit die Tschechoslowakei durch die imperialistischen westlichen Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg ge-

schaffen wurde, ist das politische Leben des Landes durch Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken geformt und manchmal dominiert worden. Während beides westslawische Völker sind, die ähnliche Sprachen sprechen, haben sie doch eine unterschiedliche Geschichte und politische Kultur. Die Tschechen aus Böhmen und Mähren wurden in den wirtschaftlichen und kulturellen Umkreis des spätmittelalterlichen Deutschland gezogen. Im 15. Jahrhundert wurde die radikalreligiöse Bewegung unter der Führung von Jan Hus zum Vorläufer der protestantischen Reformation in Mitteleuropa.

Wenn auch die Bewegung der Hussiten blutig unterdrückt wurde, so ist doch die Autorität der römisch-katholischen Kirche im tschechischen Gebiet immer schwach gewesen. Im späten 19. Jahrhundert gab es in Böhmen und Mähren eine beträchtliche Industrialisierung, wodurch ein Proletariat mit einem hohen Maß an Klassenbewusstsein entstand und eine Intelligenz, die stolz war auf ihre säkulare humanistische Kultur. Nach der bolschewistischen Revolution stimmte die tschechische Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale.

Während dieser Periode blieb die Slowakei eine bäuerlich geprägte, traditionell katholische Region unter der Herrschaft des dekadenten ungarischen Adels. Nach der Bildung eines gemeinsamen Staates im Jahre 1919 schauten die Tschechen auf ihre armen slowakischen Vettern wie auf von Priestern geplagte Bauerntölpel herab. Im Gegenzug gab es slowakische Ressentiments gegen die Vorherrschaft der selbstgefälligen, arroganten und wohlhabenderen Tschechen. Gegen Ende der 30er Jahre nutzte Hitler den nationalen Groll der Slowaken und auch der deutschen Minderheit aus, um den tschechoslowakischen Staat zu zerstückeln und die klerikalfaschistische „Republik der Slowakei“ unter Monsignore Josef Tiso zu errichten. Das Tiso-Regime hat 75 000 der 90 000 Juden in der Slowakei umgebracht.

Die Schrecken der Nazi-Besetzung führten zu einer Stärkung der Linken, besonders der Kommunisten, sowohl unter den Tschechen als auch bei den Slowaken. 1944 wurde ein Aufstand unter der Führung der Kommunisten in der Slowakei von den Nazis niedergeschlagen (mit Stalins stillschweigender Duldung). 1945 gewann die tschechoslowakische Kommunistische Partei bei unzweifelhaft freien Parlamentswahlen die absolute Mehrheit. Als die Stalinisten 1948 mit dem „Prager Putsch“ die Macht übernahmen, taten sie dies auf der Basis eines soliden Generalstreiks und unter Einsatz von Arbeitermilizen (die selbstverständlich unter einer strikten bürokratischen Kontrolle standen).

Die Spannungen zwischen der relativ rückständigen Slowakei (mit rund einem Drittel der Bevölkerung des Landes) und Böhmen/Mähren setzten sich auch im deformierten tschechoslowakischen Arbeiterstaat in der Periode nach 1948 fort. Diese Spannungen waren in der Tat ein wichtiger Faktor für das Auseinanderbrechen der stalinistischen Bürokratie, das 1968 zum „Prager Frühling“ führte. Der Führer der „Reform“-Fraktion, Alexander Dubcek – der einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ versprach –, war der Erste Sekretär der slowakischen Kommunistischen Partei. Nachdem die stalinistische Ordnung durch eine militärische Intervention der Kräfte des Sowjetblocks wiederhergestellt worden war, die damit ein Übergleiten in eine politische Revolution verhindern wollten, wurden große Anstrengungen unternommen, um die wirtschaftliche Rückständigkeit der Slowakei zu überwinden.

Das Pro-Moskau-Regime von Gustav Husak, selber ein Slowake, führte massive Industrialisierungen in der Slowakei durch und integrierte damit die Region in die sowjetische Wirtschaft. Riesige chemische Anlagen wurden gebaut, die billiges sibirisches Öl verarbeiteten. Rüstungsfabriken zur Versorgung des sowjetischen Militärs wurden in kleinen

Bulletin Spartakowtsew: „Kämpft für den Kommunismus Lenins und Trotzki“. „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!“, herausgegeben von der polnischen SGP



Бюллетень
Спартаковец № 2 (2)
декабрь-февраль 1991-92 гг.

Цена: 1 руб.

Спартаковец/СССР
121019 г. Москва
г-19, а/я 19



Platforma Spartakusowców
nr 2 (Dodatek)
styczeń 1992

500 zł

konto: Platforma Spartakusowców
nr. 93549-135874-136
NBP IV Oddział PKO Wrocław



Reuters



AP

Während Marktwirtschaft Verelendung bringt, tragen nationalistische Slowaken faschistische Uniformen und Symbole. Polnischer Papst der Konterrevolution wird in Prag vom „liberalen“ tschechischen Präsidenten Havel begrüßt

slowakischen Städtchen aufgebaut. Bis 1988 war das Pro-Kopf-Einkommen in der Slowakei auf beinahe 90 Prozent des Einkommens im tschechischen Gebiet angestiegen, verglichen mit 60 Prozent vier Jahrzehnte vorher, als die bürgerliche Ordnung gestürzt worden war. Heute wiederum bringt die Wiedereinführung des Kapitalismus gerade für die Slowakei katastrophale Auswirkungen mit sich.

„Sanfte Revolution“ gebiert Arbeitslosigkeit und slowakischen Separatismus

Trotz der relativen wirtschaftlichen Prosperität in der Tschechoslowakei wurde das stalinistische Regime mit seiner massiven Unterdrückung weithin verachtet. Als im Herbst 1989 das Honecker-Regime in der DDR zu Fall kam und Gorbatschow sichtbar auch seinem Gegenstück in Prag die Unterstützung entzog, folgten Massenproteste und die Drohung eines Generalstreiks binnen weniger Wochen das stalinistische Regime hinweg. Das hastig gebildete Bürgerforum, mit Havel als seinem prominentesten Sprecher, diente der ganzen „demokratischen“ Opposition als Dachorganisation, und nicht nur der. Der gesamte rechte Flügel der Bürokratie, unter der Führung des Ministerpräsidenten und Gorbatschow-Anhänger Marian Calfa, setzte sich zum Forum ab.

Im Bürgerforum, diesem Inbegriff einer Volksfront, fand sich die ganze Skala politischer Strömungen wieder, von ehemaligen liberalen Stalinisten wie Dubcek und Pseudotrotzkisten wie Petr Uhl bis zu antikommunistischen Klerikalen und Fanatikern des „freien Marktes“ wie Kraus. Die Stimmung nationaler Einheit und Euphorie hielt sich bis zu den Parlamentswahlen im Juli 1990, die vom Bürgerforum mühelos gewonnen wurden. (Interessanterweise schnitt die übriggebliebene Kommunistische Partei überraschend gut ab und wurde zur zweitgrößten Partei sowohl im tschechischen Gebiet als auch in der Slowakei.) Der slowakische Flügel des Bürgerforums, genannt Bürger gegen Gewalt (VPN), schnitt bei den Wahlen erheblich besser ab als die separatistische Slowakische Nationalpartei und auch besser als die nationalistischen Christdemokraten. Dies änderte sich rasch und dramatisch, als sich die wirtschaftlichen Auswirkungen der „bürgerlich-demokratischen“ Konterrevolution schnell fühlbar machten.

Im Anschluß an die Wahlen von 1990 gewann der extrem rechte Flügel des Bürgerforums um Finanzminister Kraus die Oberhand in der neuen herrschenden Gruppierung. Ein Schlüsselement bei der Etablierung eines bürgerlichen Staats war die Säuberung aller ehemaligen Funktionäre der Kommunistischen Partei aus der Verwaltung, der Miliz und der Sicherheitspolizei. Unter dem Begriff „Lustration“ (aus dem Lateinischen: „feierliche Reinigung“ durch Sühneopfer) ist eine zunehmende Hexenjagd gegen Hunderttausende ehemalige KPler im Gange. Das erste „Sühneopfer“ wurde im Januar 1991 der tschechische Umweltschutzminister Bodrich Moldan, ein langjähriger Dissident. Darauf folgte ein Schauprozeß gegen einige liberale Parlamentsabgeordnete des Bürgerforums, die das Manifest der Dissidenten, die Charta 77, unterzeichnet hatten. Jetzt gehen sie sogar gegen Dubcek vor.

Im Gleichschritt zur Säuberung von Roten hat die Prager Regierung mit dem Neujahrsbeginn 1991 eine wirtschaftliche „Schockbehandlung“ nach polnischem Modell in Gang gesetzt. Das Trauma war besonders schlimm in der Slowakei, wo die Wirtschaft schon schwer unter dem Zusammenbruch des Handels mit der Sowjetunion leidet. Die Waffenfabriken, die das wirtschaftliche Leben vieler kleinerer Städte dominiert hatten, wurden dichtgemacht, weil sie „unprofitabel“ seien. Die Arbeitslosigkeit, die 1989 noch praktisch bei Null gelegen hat, schnellte bis Ende letzten Jahres in der Slowakei auf 10 Prozent und in Böhmen und Mähren auf 4 Prozent empor.

Mit der zunehmenden Verelendung der Massen hat auch der slowakische Separatismus immer mehr zugenommen. Letzten März, als Havel in der slowakischen Hauptstadt Bratislava eine Rede hielt, stieß er auf einen Mob von psychotischen rechtsradikalen Nationalisten, die schrien: „Geh zurück nach Prag, du Jude!“ (Havel ist natürlich nicht jüdisch.) Ungefähr zur gleichen Zeit spaltete sich der populäre und „populistische“ VPN-Ministerpräsident der Slowakei, Vladimir Meciar, von Havel/Kraus ab und gründete eine neue Partei für den „Aufbau eines slowakischen Staats“, um dessen Wirtschaft gegen die Vollstreckungsbeamten des „freien Marktes“ aus Prag zu verteidigen. Im Anschluß an diese Spaltung wurde der christdemokratische

Fortgesetzt auf Seite 18

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 17

Führer Jan Carnogursky neuer slowakischer Ministerpräsident; eine seiner ersten Amtshandlungen waren Glückwunschtelegramme an die secessionistischen Regime in Slowenien und Kroatien anlässlich ihrer Unabhängigkeitsklärung von Jugoslawien.

Ein Sprecher der VPN erklärte die Situation folgendermaßen: „Wenn Länder eine wirtschaftliche Krise durchmachen, werden die Menschen zu Nationalisten“ (*Washington Post*, 28. Oktober 1991). Die Slowakei hat jedoch diese wirtschaftliche Krise nicht „durchgemacht“, als wäre sie eine Naturkatastrophe. Dies ist ein von Menschenhand geschaffenes Desaster, eine Begleiterscheinung der Wiederherstellung des Kapitalismus. Aber die Wut und Empörung der slowakischen Werktätigen über die Verelendung durch den „freien Markt“ wird in rechten Nationalismus kanalisiert, ausgedrückt in der öffentlichen Rehabilitierung von Monsignore Tiso, der 1947 als Kriegsverbrecher gehängt wurde. Als in Tisos Geburtsort im Dezember eine Gedenkplatte angebracht wurde, verteidigte der slowakische Ministerpräsident Carnogursky den klerikalfaschistischen Kriegsverbrecher mit dem Argument: „Tiso wird weithin angesehen als jemand, der als Bremse gegen eine noch weitergehende Germanisierung wirkte.“

Anders als 1939 haben die slowakischen Separatisten jetzt nicht die deutsche imperialistische Armee zur Hand, die ihnen an die Macht verhelfen kann. Im Moment scheint die Stimmung unter den tschechischen Massen zu sein: wenn die Slowaken gehen wollen, dann halten wir sie nicht auf. Trotzdem ist es keineswegs garantiert, daß die nationale Aufteilung des tschechoslowakischen Staats friedlich vonstatten gehen würde. Mehr noch, die slowakischen Nationalisten könnten erleben, daß ihre gefährlichsten Feinde nicht die Tschechen, sondern ihre alten Herren, die Ungarn sind.

Ungarn im Mittelpunkt des mitteleuropäischen Irredentismus

Es gibt derzeit 700 000 Ungarn in der Tschechoslowakei, zwei Millionen in Rumänien und 500 000 in Jugoslawien. Jeder vierte ethnische Ungar lebt außerhalb der ungarischen Grenzen. Die Ursache dafür liegt in der Tatsache, daß Ungarn das Pech hatte, in beiden Weltkriegen auf der Seite der Verlierer zu stehen. Nach dem Ersten Weltkrieg, als das Habsburger Reich aufgeteilt wurde, verlor Ungarn ein größeres Gebiet an Rumänien, als in dem ungarischen Reststaat verblieb. Bis 1918 war die jetzige Hauptstadt der Slowakei, Bratislava, unter ihrem ungarischen Namen Pozsony bekannt, und eine Mehrheit ihrer Einwohner waren Ungarn.

Die traumatischen Auswirkungen durch die Niederlage im Krieg, noch verstärkt durch nationale Empörung über die Behandlung des Landes durch die siegreichen westlichen

„demokratischen“ Imperialisten, führten 1919 zu der kurzlebigen Ungarischen Räterepublik. Ihr hauptsächlicher Anführer, Bela Kun, war als russischer Kriegsgefangener für den Bolschewismus gewonnen worden. Eine blutige Konterrevolution, getragen von der rumänischen Armee, warf die Räterepublik nieder und installierte die faschistoide Diktatur von Admiral Horthy. Der weiße Terror der Horthy-Anhänger entfachte antisemitische Pogrome, in denen Tausende Juden ermordet wurden. Von der Konterrevolution 1919/20 bis zur Konterrevolution 1989 waren der Antisemitismus und der Antikommunismus in Ungarn, wie im übrigen Osteuropa, eng miteinander verknüpft.

In den 30er Jahren stellte sich das Horthy-Regime an die Seite von Nazi-Deutschland, und die ungarischen Pfeilkreuzler kämpften zusammen mit der Waffen-SS, als Hitler 1941 das Unternehmen Barbarossa gegen die Sowjetunion begann. Vier Jahre später zerschlug die Rote Armee die Nazi-Wehrmacht und befreite Ungarn vom Alptraum des Faschismus. 1947/48 führten die Stalinisten als Antwort auf den Druck des US-Imperialismus in Osteuropa eine *soziale Revolution durch, die bürokratisch von oben kontrolliert wurde*.

Die Deformationen waren in Ungarn besonders schwerwiegend. Das Regime des Erzstalinisten Matyas Rakosi war außerordentlich blutig, auch gegen kommunistische Mitstreiter, selbst wenn man den Standard der „Ära des Personenkults“ anlegt, wie es später beschönigend genannt wurde. Das „Taufwetter“ in der Sowjetunion nach Stalin zerschlug den totalitären Polizeistaatsapparat, der Rakosi und seine Mannen schützte. Im Oktober 1956 brach ein Aufstand der Bevölkerung gegen das verhaßte Regime aus, und Arbeiterräte übernahmen in Budapest und anderen größeren Städten die wirkliche Macht. Aber diese proletarisch-politische Revolution, der eine bolschewistische, internationalistische Führung fehlte, wurde durch den direkten Einmarsch der Roten Armee zerschlagen, dem ein monatelanger Generalstreik folgte.

Nach der Unterdrückung der Revolution brachte der Kreml den liberalen Stalinisten Janos Kadar an die Macht, der unter Rakosi im Gefängnis gesessen hatte und gefoltert worden war. In den frühen 60er Jahren versuchte Kadar, die Unterstützung oder wenigstens Akzeptierung durch die Bevölkerung zu erreichen, indem er das Konsumniveau anhob („Gulaschkommunismus“) und die Kontrolle über das intellektuelle und kulturelle Leben lockerte. Um den Handel mit Westeuropa auszuweiten, führten die Budapester Stalinisten 1968 eine weitreichende Dezentralisierung und Marktmechanismen in die Wirtschaft ein. In den nächsten beiden Jahrzehnten führte dieser „Marktsozialismus“ zu einer Zersplitterung der Bürokratie und zur Entstehung einer relativ jungen Klasse von kapitalistischen Kleinunternehmern.

1989 brach die fraktionsgeplagte ungarische Bürokratie vollends als politische Kraft zusammen. Da es keine nennenswerte stalinistische Partei mehr gab und die Arbeiterklasse politisch passiv blieb, spalteten sich die Kräfte der Konterrevolution in Ungarn in Fraktionen auf, die sich spinnefeind gegenüberstanden – die Freien Demokraten und das Demokratische Forum –, sogar schon, bevor sie überhaupt an die Macht gelangten.

Die Freien Demokraten stützten sich zentral auf die westlich eingestellte Budapester Intelligenz, von der einige einen jüdischen Hintergrund haben. Sie treten ein für die schnelle Wiederherstellung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und für die vollständige politische und wirtschaftliche Integration Ungarns in Westeuropa. Kurz, die Führer der Freien Demokraten sind aufstrebende Eurokraten, die gern in der „großen Politik“ der EG mitspielen wollen. Im Gegensatz dazu ist das Demokratische Forum stark klerikal-nationalistisch. Sein Führer Josef Antall fordert eine Rückkehr zu „christlichen“ Wertvorstellungen und

Schulungsreihe der SpAD

**Für Massenmobilisierungen
von Arbeitern und Immigranten,
um die Faschisten zu stoppen!**

Mittwoch, 6. Mai, 18.30 Uhr

**Schlüssel zur Revolution:
Bolschewistische Führung!**

Mittwoch, 20. Mai, 18.30 Uhr

Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)

eine „vereinte ungarische Nation“. Die Wahlen im April 1990 waren von den antisemitischen Angriffen des Demokratischen Forums auf die Freien Demokraten beherrscht.

Das Programm des Demokratischen Forums, das die Wahl gewonnen hat, erklärt: „Ungarn muß Verantwortung übernehmen für die Situation der ungarischen Minderheiten, die außerhalb der Grenzen leben, und die dauernde Sorge für diese Minderheiten muß Teil der nationalen Strategie sein“ (*East European Reporter*, Frühjahr/Sommer 1990). Jetzt wurde in Budapest auf Regierungsebene ein Amt gegründet, das diese „nationale Strategie“ verfolgen soll.

Sprecher der ungarischen Volksgruppe in der Slowakei – etwa 12 Prozent der Einwohner – fordern Autonomie, falls sich die Region von der Tschechoslowakei abspaltet. Da die slowakischen Nationalisten kaum solch eine Autonomie gestatten werden, käme ein slowakischer, nationalisierter Staat sofort in einen Konflikt mit Ungarn.

Solch einen Konflikt gibt es bereits zwischen Budapest und Bukarest wegen der Ungarn in Transsylvanien. Im Volksaufstand 1989 gegen den blutigen und großwahnigen Despoten Ceaucescu kam es zur Einheit von Ungarn und Rumänien. Seitdem hat jedoch der Anstieg des rumänischen Nationalismus zu gewalttätigen Angriffen auf Ungarn und besonders auf Roma geführt. Im März 1990 wurden Ungarn von einem mit Äxten und Heugabeln bewaffneten rumänischen Mob überfallen, die in der transsylvanischen Stadt Tirgu Mures für das Recht auf ihre eigene Sprache demonstrierten; sechs Personen wurden ermordet.

Einige der Forderungen des Budapest Regimes gegenüber Rumänien – wie die Wiedereröffnung der ungarischen Schulen, die unter Ceaucescu geschlossen wurden, und Zweisprachigkeit im Behördenschriftverkehr – sind für sich genommen legitime und demokratische Rechte. Aber Antall & Co. erheben auch *antidemokratische* Forderungen, wie zum Beispiel Rumänien daran zu hindern, in mehrheitlich ungarische Dörfer zu ziehen. Die Schaffung von ungarischen Gettos in Transsylvanien kann nur die Feindschaft der Volksgruppen anfachen und verewigen. Inzwischen ist die Lage an der Karpatengrenze explosiv geworden.

Der Konflikt zwischen Ungarn und Rumänien ist bislang

auf der diplomatischen Ebene ausgetragen worden. Gegenüber Jugoslawien, wo es in der nördlichen Region der Wojwodina eine große ungarische Minderheit gibt, ist das Antall-Regime einen Schritt weiter gegangen. Dort haben die Ungarn (wie 1914 und 1939) die schweren Geschütze des deutschen Imperialismus auf ihrer Seite. So lieferte Budapest Waffen an das kroatische secessionistische Regime, das gegen die Serben und die jugoslawische Armee kämpfte, während Antall darüber spekulierte, daß die Wojwodina „eines Tages wieder“ zu Ungarn gehören könnte. „Eines Tages“ bedeutet: nach einem Krieg mit Serbien, falls Ungarn den Sieg davonträgt.

Daß Ungarn in nicht ferner Zukunft mit drei seiner Nachbarn Kriege führen könnte, unterstreicht den blutrünstigen Nationalismus, der von der kapitalistischen Konterrevolution entfesselt wird und der die Konterrevolution vorantreibt. Solche Tendenzen werden unvermeidlich durch die Manöver und Eingriffe der westlichen imperialistischen Mächte geschürt werden, die sich als zunehmend feindlichere Rivalen über die Beute des „nachkommunistischen“ auseinanderfallenden Osteuropas in die Haare kriegen werden. Aber selbst wenn solche Kriege irgendwie vermieden werden könnten, würde der Triumph des „nationalen Prinzips“ unter den neuen, „demokratischen“ Ordnungen für Millionen Angehörige der Minderheiten, die es in jedem osteuropäischen Land (und praktisch überall sonst in der heutigen Welt) gibt, die völlige Besitzlosigkeit oder Schlimmeres bedeuten.

Der revolutionäre Kampf gegen die Verelendung durch den „freien Markt“ muß eng verbunden werden mit dem Kampf gegen alle Arten von Nationalismus, gegen Antisemitismus, gegen Überfälle auf Sinti und Roma und eingewanderte Arbeiter, gegen religiöse Bigotterie. Für die Wiederschmiedung wirklich kommunistischer Parteien in Osteuropa, die sich die internationalistischen Prinzipien von Lenin, Trotzki, Rosa Luxemburg und Christian Rakowski zu eigen machen!

Teil II dieses Artikels wird sich mit Stalinismus, Nationalismus und Konterrevolution auf dem Balkan befassen.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 547, 20. März

Institut...

Fortsetzung von Seite 2

Werkstätigen, und dies ist für die Bourgeoisie unerträglich. Der Staat will alle Akten an sich reißen und sie benutzen, allein um die antikomunistische Hexenjagd zu nähren. Er will alle, die gegen die Bourgeoisie kämpften, aus dem Gedächtnis auslöschen und die Arbeiterbewegung in ihren gegenwärtigen und künftigen Kämpfen lähmen. Die Nazi-Verbrecher dagegen schützt er bis heute und hält die Akten unter Verschuß.

Diese ungeheuerliche Provokation lief an nach sorgfältiger Vorbereitung und Koordinierung. Die Überschrift der *Berliner Morgenpost* vom 29. März: „Nur im SED-Parteiarchiv finden wir die wirklich Verantwortlichen“. Radio und Fernsehen wiesen während der Razzia provokativ auf angebliche „DDR-Regierungskriminalität“ und „Verbrechen gegen DDR-Bürger“ hin. Die PDS wußte eine Woche im voraus von den Durchsuchungsplänen, weigerte sich aber, etwas dagegen zu tun.

Für die organisierte Arbeiterbewegung, für Wissenschaftler und Forscher, für all diejenigen, die ein Interesse an der Geschichte der proletarischen, kommunistischen und antifaschistischen Kämpfe in Deutschland haben, kann es nur eine klare und bündige Antwort darauf geben: Nein!

Zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, der einzigen Partei, die von Anfang an ohne Wenn

und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfte, protestieren wir aufs energischste gegen die obszöne Terror-Aktion gegen die PDS-Archive und die Archive ihrer Vorläuferpartei, der SED. Das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, mit Bibliothek und Archiv, gehört nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen Arbeiterklasse. Wir haben großen Respekt vor den gewissenhaften und unermüdlichen Bemühungen der Leitung und des Personals des IfGA, dessen Sammlungen aufrechtzuerhalten unter den unerträglichen Bedingungen, die die Restauration des Kapitalismus in der DDR mit sich gebracht hat. Wir teilen mit ihnen die tiefen Sorgen um das weitere Bestehen des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung als integraler Einheit, offen für alle, die sich für die Arbeiterbewegung interessieren. Wir appellieren an alle, die diese Sorgen teilen, bei der Berliner Justizbehörde Protest einzulegen. Protestschreiben sollten adressiert sein an: Frau Jutta Limbach, Senatsverwaltung für Justiz, Salzburger Straße 21–25, 1000 Berlin 62, Fax-Nr.: (Westberlin) 783-3936. Schickt eine Kopie bitte an die Betroffenen: Frau Dr. Inge Pardon, Leiterin des Zentralen Parteiarchivs im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wilhelm-Pieck-Straße 1–3, 1054 Berlin, Fax-Nr.: (Ostberlin) 2814186, sowie eine weitere Kopie an: Komitee für soziale Verteidigung, c/o B. Fiedler, Postfach 111748, 2000 Hamburg 11, Fax-Nr.: (Hamburg) 330154. Werner Brand, Komitee für soziale Verteidigung

Martha...

Fortsetzung von Seite 11

es Che und Fidel waren), im Gegensatz zu den in die Jahre gekommenen Stalinisten im Kreml. Also erklärten die Staatskapitalisten/Sozialdemokraten, um nicht außen vor zu bleiben und den Roten das Feld zu überlassen, den Vietnamkrieg zu einem Kampf um nationale Befreiung. Die Stalinisten gaben diese gleiche Linie auf ihre Art wieder mit ihrer Politik der „friedlichen Koexistenz“ und gaben den Stalinisten in Hanoi unkritisch politische Unterstützung. Die Liberalen standen in tausenderlei Schattierungen auf Pazifismus (der sich später gegen die Vietnamesen richten ließ à la Jane Fonda). Ein liberaler Flügel der Bourgeoisie, der einerseits nach der Zerschlagung der indonesischen KP erleichtert aufseufzte, andererseits aber nach der eindrucksvollen Tet-Offensive des Vietkong in Deckung ging, bezog eine defätistische Position zum Krieg, besorgt über soziale Explosionen im eigenen Land. All dies bedeutete Volksfront, und zwar eine große – der soziale Druck, keine *Klassenlinie* zum Vietnamkrieg zu beziehen, war recht stark. Die Pseudolinken hüllten sich in alle mögliche radikale Phrasologie, aber „Militärischer Sieg für die FNL“ und „Ganz Indochina muß kommunistisch werden“ – niemals! Und im Kampf gegen diese Scheiße ist Martha nie zurückgewichen. Martha starb in Moskau im Kampf für das gleiche Programm, zu dem sie gewonnen worden war, das Programm, das sie gegen die Renegaten und Pseudolinken der 60er Jahre verteidigt hatte, die sich weigerten, an der Seite der vietnamesischen Arbeiter und Bauern gegen ihre eigene Bourgeoisie zu stehen.

Als nach vielen Jahren des Kampfes, die Partei im Bauch des imperialistischen Monsters aufzubauen, die Pflicht rief, in die Sowjetunion zu gehen, meldete sie sich freiwillig, nachdem sie sich ernsthaft auf diese Arbeit vorbereitet hatte. Aber „freiwillig“ ist noch harmlos ausgedrückt. Sie war wild entschlossen, zu gehen und zu helfen, Lenins Partei wiederaufzubauen, und wir hätten sie in Ketten legen müssen, um sie davon abzuhalten. Marthas politischer Werdegang begann also in Madison und endete viel zu früh und auf tragische Weise in Moskau. Aber genau dort wollte Martha sein.

Diese Welt ist ein viel dunklerer, grausamerer und sicherlich einsamerer Platz ohne sie. Sie war eine enorm warmherzige und großzügige Frau mit einem ausgelassenen Sinn für Humor. Sie liebte ihren Sohn Lael zutiefst, und sie war dieser Partei und ihren Genossen gegenüber auf machtvolle Weise loyal. Martha stand mitten im Leben und lebte es voll aus – es hätte viel länger dauern sollen. Das Proletariat hat ein langes Gedächtnis, und Martha, zusammen mit unseren anderen gefallenen Genossen, wird nicht vergessen werden. Ich glaube, ihr Herz und ihr Geist werden in Moskau bleiben, irgendwo in der Nähe der Kremllmauer, zusammen mit Big Bill Haywood und John Reed.

Jim Robertson (Spartacist League/U.S.): Ich spreche hier, weil ich einige harte Dinge ansprechen möchte. Jemand hat sie ermordet. Und andere Genossen werden auf ihre besonderen Eigenschaften als Persönlichkeit und Genossin eingehen.

Als sie starb, reagierte ich zuerst wie wohl alle hier, indem ich über die vielen Jahre nachdachte, in denen ich sie gekannt habe, mit ihr zusammengearbeitet habe und in denen sie mir immer sehr nahe stand. Und dann beschäftigte ich mich mit den Folgen von Marthas Tod, weil ich ein Berater für unsere russische Arbeit bin und weil es ein Problem gab, überhaupt eine Autopsie zu bekommen, um zu beweisen, daß sie ermordet wurde. Und das hat mich in einer Art berührt, wie es mir normalerweise nicht passiert. Wenn Genossen sterben, hatte ich dieses unkontrollierbare Gefühl, daß sie einfach weggegangen sind und ich sie nie

wiedersehen werde. Aber ich mußte zur Kenntnis nehmen, daß Martha nicht einfach gestorben ist, sondern daß sie ermordet wurde. Man kann aus 11 000 Kilometer Entfernung nicht viel machen, aber ich habe versucht, meinen Pflichten in dieser Beziehung nachzukommen. So, das sind die schweren Brocken.

Nun, als Hintergrundinformation, nachdem wir 1983 das FBI verklagt hatten, haben sie beteuert, daß sie uns in Ruhe lassen würden. 1981 brachte das *Wall Street Journal* einen Leitartikel, der ankündigte, „wir werden euch drankriegen“, weil wir uns gegen Lech Walesa und Solidarność gestellt hatten. Etwa zur gleichen Zeit bekam der Vorsitzende unserer deutschen Sektion in Frankfurt/Main von einigen verrückten, mordlustigen rechten Afghanen ein Messer in den Rücken, mit der Absicht, ihn umzubringen. Und es ist dann nicht mehr viel passiert. Aber es scheint, daß die amerikanische Bourgeoisie gegenüber dem Osten sehr empfindlich ist, obwohl ich denke, daß sie hauptsächlich mit der deutschen Kapitalistenklasse rivalisieren.

Nun ist dies nur Hintergrund. Ich habe keine Verbindungsglieder zwischen dem, was ich gerade gesagt habe, und dem Mord an Martha Phillips. Und ich möchte jeden daran erinnern, daß zwar die Geschichte keine Verschwörung ist, wie es Henry Ford und die Faschisten denken, daß es aber Verschwörungen in der Geschichte gibt. Sie war also in einem sehr empfindlichen Arbeitsbereich, nicht nur in Moskau, sondern in sechs anderen sowjetischen Städten, und befand sich deshalb in einer exponierten Position.

Die persönlichen Wertschätzungen, die ich gelesen habe, und diejenigen, die, wie ich dachte, am besten die Qualitäten von Martha Ann Phillips als Mensch, Familienmitglied, Freundin, liebende Frau und Genossin ausdrückten, waren die persönlichen Würdigungen, die von Sam und von Liz geschrieben wurden, und ich möchte diese besonders empfehlen. In diese Richtung wollte ich eigentlich reden, statt über diese anderen Dinge.

Nun, wir haben ein kleines Hauptquartier in der Moskauer Station, der Mensch, der dort lebte, hat das Land für eine Weile verlassen, und Martha, die recht krank war, ist dort eingezogen, sie war auf dem Wege der Besserung, sowohl nach den medizinischen Untersuchungen wie auch nach ihrem persönlichen Empfinden. Und als wir hörten, sie sei friedlich gestorben, haben wir nur deshalb eine Autopsie verlangt, weil wir nicht verstanden, warum sie gestorben sein sollte, wo es ihr doch besser ging. Wir wiederholten diese Anfrage, während das State Department ihrer Familie erzählte, daß Russen schlimme Autopsien durchführen, und ihr davon abriet. Die Moskauer Miliz, die lokale Polizei, führte schließlich eine Autopsie durch, was normalerweise eine Routineangelegenheit ist, und fand heraus, daß Martha sowohl erdrosselt als auch erstochen wurde. Es war Mord. Als es endlich bekannt wurde, daß Martha ermordet worden war, fing die Miliz sehr spät mit kriminalistischen Untersuchungen an – sie versiegelte die Wohnung, befragte Zeugen usw. Und die Umstände sind für uns wirklich sehr undurchsichtig. Genossen waren am Abend vorher bis 23.00 Uhr mit ihr zusammen. In der Wohnung, in der es einen Raum mit einem Büro gab, war eine ungeöffnete Flasche Wodka. Genossen kamen um 8.00 Uhr zurück, weil es irgendeine Demonstration gab. Man nahm an, daß Martha immer noch zu krank sei, um teilnehmen zu können, obwohl sie das gern tun wollte, weil sie sich besser fühlte. Diese Flasche Wodka war ungewöhnlich geöffnet worden, anders, als man es üblicherweise tut. Martha lag im Bett, anscheinend friedlich gestorben.

Und ich habe jetzt keine Grundlage, um zu spekulieren. Es könnte jemand aus unserem Umfeld sein, aus persönlichen Gründen oder ein Provokateur. Wir hatten einigen Streit mit Pamjat. Die Unabhängige Bergarbeitergewerk-

schaft im Kusbass wird direkt aus Washington angeleitet, durch einen russischen Faschisten und die CIA; wir intervenierten und wir kamen ihnen in die Quere [siehe „Soviet Miners Strike Amidst Perestroika Turmoil“ (Sowjetische Bergarbeiter streiken inmitten der Wirren der Perestroika), *Workers Vanguard* Nr. 522, 15. März 1991]. Es gibt viele andere Möglichkeiten. Moskau ist nicht gerade New York – das heißt, man kriegt in Moskau auf der Straße kein Messer zwischen die Rippen, obwohl es infolge der Verarmung immer häufiger zu Raubüberfällen kommt. Aber es war überhaupt nicht diese Art von Mord. Und die simple Wahrheit ist, wir wissen es nicht.

Aber wir verfolgen das. So etwas wie Rechtsanwälte und private Ermittler sind in den letzten 40 oder 50 Jahren ziemliche Ausnahmen in der Sowjetunion, aber es gibt sie und wir setzen sie ein. Wir versuchen, mit der Miliz zusammenzuarbeiten, unter der Annahme, daß ihr Interesse nicht einfach eine Hexenjagd auf unsere Organisation ist. Wir sind politisch ganz entschieden aufgefallen, weil wir Trotzkiisten sind: die Leute, die gegen Jelzin und die kapitalistische Restauration stehen. Deswegen schöpft man natürlich Verdacht. Aber ich fordere die Genossen auf, nicht paranoid zu werden. Laßt uns lieber mehr Beweismaterial zusammentragen, wenn das möglich ist.

Aber eines weiß ich genau, und zwar, daß Martha auf ihrem Posten starb, sie tat, was sie tun wollte und tun sollte in dem Bemühen, die russische und internationale Arbeiterklasse zu befreien. Und das ist die Wahrheit.

Max Schütz (Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands): Hier, vor den Denkmälern für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht [Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde], ist es in der Tat angemessen, daß wir unsere Genossin Martha Phillips ehren. Wenn wir die „Drei L“ ehren, ehren wir in Lenins Tradition auch alle Genossen, die im Kampf für eine kommunistische Zukunft auf ihrem Posten gestorben sind.

Ich bin froh, daß ich Martha kannte, als sie in der SWP ihren Weg zur Politik der Spartakisten freikämpfte. In vieler Hinsicht spiegelte ihr eigener politischer Kampf die Ursprünge unserer Tendenz wider. Martha kämpfte für eine

proletarische, revolutionäre Perspektive, genau wie es die Revolutionary Tendency ein Jahrzehnt vorher getan hatte. Und das in einer Partei, die noch weiter degeneriert war, als sie in die 70er Jahre eintrat. Trotzdem existierte in der SWP noch eine Generation von Cannons Mitarbeitern, die nicht alles vergessen hatten. Martha kehrte zurück zu James P. Cannon, der Trotzki engster Mitarbeiter gewesen ist, der Autor des Buches *Der Kampf für eine proletarische Partei*.

Wegen ihrer intellektuellen Hartnäckigkeit und Ehrlichkeit ging sie bald über die partielle Annäherung an die Schule Cannons hinaus, die die damalige Proletarian Orientation Tendency darstellte, und sie wies die impressionistischen und flüchtigen linken Gebärden der Mandelianer zurück. Sie besaß auch etwas anderes, das jenen Strömungen fremd war: einen tiefen Klassenhaß gegen alle Formen der sozialen Unterdrückung und ein Gespür für die Partei als leninistischen Volkstribun.

Durch ihr Studium der marxistischen Klassiker und durch die sorgfältige Prüfung und Dokumentierung der Auseinandersetzungen innerhalb der marxistischen Bewegung bereicherte Martha nicht nur die PRL, sondern auch viele Bereiche unserer Arbeit. Dies trug dazu bei, ihre solide theoretische und programmatische Verwurzelung zu vertiefen. So war ihr ganzes politisches Leben in einem Sinn die Vorbereitung für ihre letzte Aufgabe, und es führte sie dazu, angesichts der jüngsten Entwicklungen in Osteuropa und der Sowjetunion den Impressionismus und Defätismus zurückzuweisen. Sie sah nicht nur die Gefahren, sondern auch eine machtvolle Bestätigung des trotzkiistischen Programms. Sie sah die Herausforderung und die Möglichkeit, die Partei der Russischen Revolution im Land des Oktober neu aufzubauen. Sie wurde zu einem Glied in jener ungebrochenen Kette der Kontinuität mit den „Drei L“.

Besonders hier an diesem Ort muß man mit Verbitterung daran denken, daß Martha – eine jüdische Kommunistin – wie Liebknecht und wie Luxemburg auf dem Höhepunkt ihrer politischen Effektivität ermordet wurde. Wir sind einer geschätzten Genossin und eines engen Freundes beraubt worden. Das macht uns noch entschlossener, sie zu ehren und die Arbeit vorwärts zu tragen, der sie ihr Leben widmete. ■

Befreiung der Frau...

Fortsetzung von Seite 4

unsozialen Charakter dieses Staates beweisen. Sicherlich war es vielen Frauen von Anfang an klar, was nach der Einverleibung der DDR durch die deutsche Bourgeoisie geschehen wird, und sie sind zumindest massenhaft auf die Straße gegangen. Selbst die, die Illusionen in eine kapitalistische Wiedervereinigung hatten, haben begriffen, was sie verloren haben.

Ich denke auch, daß es ganz wichtig ist, daß Frauen, die bereits in einem Arbeiterstaat, wenn auch deformiert, gelebt haben, anderen Frauen dieses Bewußtsein vermitteln und ihnen verdeutlichen, wo der Weg der Befreiung der Frau verläuft.

Beeindruckt war ich über das Interview mit den beiden sowjetischen Frauen im *Spartakist* Nr. 93. Mit ihnen sprach Martha Phillips, an die wir heute ganz besonders denken. Auch diese Frauen, mit denen sie sprach, haben begriffen, welche Gefahr die Konterrevolution für die Arbeiter und besonders Arbeiterinnen in der Sowjetunion bedeutet. Sie verteidigen die sozialen Errungenschaften, die sie der Oktoberrevolution ihrer Großmütter und Großväter verdanken zu haben. Sie schätzen die derzeitige Lage in der Sowjetunion richtig ein und bekennen sich als Kommunisten.

Um die völlige Befreiung der Frau zu erreichen, muß die

Arbeiterklasse unter Führung einer revolutionären Partei in den deformierten Arbeiterstaaten die politische Macht ergreifen und in den imperialistischen Ländern eine Revolution, die die politischen und sozialen Verhältnisse zugunsten des Proletariats verändert, durchführen. Das heißt, gegen die doppelte Ausbeutung der Frau als Arbeiterin sowie als Hausfrau und Mutter ist zu kämpfen, nicht in einer separaten Frauenbewegung – denn dann wäre die Gefahr zu groß, feministisch zu denken und zu handeln, nämlich gegen den Mann und nicht gegen den eigentlichen Feind, nämlich die Bourgeoisie –, sondern geführt durch eine internationale kommunistische Partei mit einem bolschewistischen Programm, so wie sie die SpAD aufbaut.

Für die Vergesellschaftung der Hausarbeit, die Vergesellschaftung der Kinderbetreuung usw.!

Meine Botschaft, am heutigen Internationalen Frauentag gerichtet an alle Frauen, aber besonders an die werktätigen Frauen und Hausfrauen in der Sowjetunion:

Seid euch euer Kraft bewußt, ihr seid die Unterdrücktesten der Unterdrückten, nehmt das nicht länger hin, wehrt euch gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Konterrevolution der Jelzinisten.

Es waren schon einmal Frauen, mit deren Streik am Internationalen Frauentag 1917 die Revolution im damaligen rückständigen Rußland ihren Anfang nahm!

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! ■

Verteidigt Immigranten...

Fortsetzung von Seite 1

„Zählappelle“, Johannes Rau und Lafontaine waren die Vorreiter von Massenabschiebungen von Roma und Sinti, national machen sich die Sozialdemokraten für Sammel-lager im Stil von KZs stark. Gleichzeitig druckt die Ost-Ko-pie der SPD, die PDS, in *Neues Deutschland* ein Interview mit dem SS-Schläger Schönhuber ab und hetzt für noch massivere Polizeieinsätze gegen Hütchenspieler.

Selbst die heuchlerische Opposition der SPD über eine Grundgesetzänderung entfällt: „An Kopf und Kragen pak-ken und raus damit“, so der SPD-Fraktionschef in NRW Farthmann. Die gleichen Sozialdemokraten, die von ihren DGB-Sesseln aus jeden Streik ausverkauft haben – von Hennigsdorf über die Werften bis zu den Stahlkochern an der Ruhr –, führen die schmutzige Abschiebekampagne an, um die Flüchtlinge zu Sündenböcken für die Massenarbeits-losigkeit und Wohnungsnot des Vierten Reichs zu machen.

Revanchismus und faschistischer Terror sind die „Be-gleitmusik“ der Weltmacht-Ambitionen des deutschen Im-perialismus. Sie verbreiten Elend und blutige nationalisti-sche Bürgerkriege in Osteuropa und gieren danach, auch die Sowjetunion ausplündern zu können. Zu Hause entfa-chen sie rassistischen Terror gegen Flüchtlinge, die diesem Elend entfliehen möchten. Faschistische Überfälle bis zu dem Pogrom in Hoyerswerda und den rassistischen Morden an unseren Kollegen Jorge Gomondai und Mete Eksi sind die Folgen der Konterrevolution, die die DDR zerstört hat.

Mit dem täglichen Trommelfeuer von Stasi-Hexenjagd und kalkulierter rassistischer Kampagne wird die Arbeiter-klasse in Ost und West, Deutsche und Immigranten, aufge-hetzt. So heizte ein *Spiegel*-Titelblatt direkt zu den Wahlen erneut die Kampagne an und betrieb praktisch faschistische Angstmacherei – nachdem er schon vor Monaten den ras-sistischen Schlachtruf „Das Boot ist voll“ verbreitete. Die Arbeiterbewegung muß mobilisiert werden, um für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und Asylsuchende zu kämpfen. *Um sich zu verteidigen, muß die Arbeiterklasse den Angriff auf das Asylrecht zurückschlagen und alle Immigranten verteidigen!* Dafür kämpfen die Spartakisten.

Jetzt ruft Björn Engholm zu „Schweiß und Tränen“ auf. Doch durch ihre „Große Koalition“ in der Treuhand führt die SPD schon längst gemeinsam den Kahlschlag gegen die Arbeiter im Osten, wo es jetzt fünf Millionen Arbeitslose auf einem Gebiet gibt, wo vorher *niemand* arbeitslos war. Die wütende Hexenjagd der SPD diente dazu, die Arbeiter

einzuschüchtern und ihren Widerstand zu brechen.

Bisher sind die Kapitalisten vor einer Kraftprobe mit den Arbeitern im Westen und ihrem kämpferischen Bestandteil an eingewanderten Arbeitern zurückgeschreckt, wie Anfang des Jahres bei dem von Rau und Steinkühler in letzter Minute abgesehenen Stahlstreik. Aber jetzt glaubt Kohl, einen Frontalangriff auf die ÖTVler starten zu können, um den Öffentlichen Dienst als Keil gegen die schweren Batail-lone der IG Metall zu verwenden. Er hat den ÖTV-Streik zur „Chefsache“ erklärt und den Mund reichlich voll ge-nommen: „Ich bin nicht Willy Brandt“; 1974 kippte ein nur dreitägiger Streik der Müllmänner und Busfahrer den SPD-Kanzler. Auch diesmal kann es dem Kanzler den Kragen kosten, aber dazu braucht die Arbeiterklasse eine Führung, die als Volkstribun aller Unterdrückten entschlossen ist, den notwendigen harten Klassenkampf zu führen.

Beim Öffentlichen Dienst sind die Bosse die Regierung, und die SPD sitzt auf beiden Seiten des Verhandlungs-tisches. Monika Wulf-Mathies war schon bei der Schlich-tung bereit, die Arbeiter für ein paar Pfennige auszuver-kaufen, sie steht seit Monaten an der Spitze der Hexenjagd, mit der Tausende gefeuert wurden. Und in der SPD-Hoch-burg Hamburg wurden die Arbeiter des wichtigsten deut-schen Hafens wegen ihrer massiven Streikbereitschaft hin-terrücks ausverkauft, um zu verhindern, daß der Tarifkampf mit einem Knall anfängt. Inzwischen bleibt der DGB auf seinen zynischen Ersten-Mai-Aufrufen sitzen: Ihre Parole „Teilen verbindet“ verbindet Kohl, Möllemann und die Treuhand mit der SPD/DGB-Spitze gegen die Arbeiter.

Busfahrer, Müllmänner und Krankenschwestern müssen den Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit aufneh-men. Die DGB-Bürokraten sorgen dafür, die Spaltung in Ost- und Westlöhne aufrechtzuerhalten, mit der billige Arbeitskräfte gegen eingewanderte Arbeiter ausgespielt werden. Wulf-Mathies will die tödliche Spaltung in Ost und West beibehalten, doch schon ein Blick auf die Berliner U-Bahn zeigt, daß ein Funke ausreichen könnte, um einen stadtweiten Streik zu entfachen. Ein gemeinsamer Streik aller ÖTVler im Westen und Osten würde das Land wirk-lich erschüttern und die Macht der Arbeiterklasse zeigen.

Statt Mehrarbeit bei Massenarbeitslosigkeit, wie Eng-holm sie fordert, kämpfen wir für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände, für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit. Zehntausende von zusätzlichen Arbeitsplätzen sind nötig, um ein umfangreiches Programm von öffentli-chen Arbeiten für Wohnungsbau, im Gesundheitswesen und bei der Kinderversorgung durchzusetzen, wo immer weitere Stellen gestrichen werden. Vor allem die Frauen, die die Mehrheit der Arbeitslosen ausmachen und die hinter den Herd verbannt wurden, können dabei nur gewinnen.

Bei Streiks wie 1987/88 in Krupp-Rheinhausen und Be-setzungen wie bei der HDW-Werft 1983 standen Immigran-ten genau wie die Frauen in vorderster Reihe. Im Kampf zur Verteidigung des Lebensunterhalts der Werktätigen müssen Massenstreikposten gebildet werden, die auch die eingewanderten Kollegen und Flüchtlingswohnheime gegen Nazi-Terror und staatlichen Rassismus verteidigen. Doch dies kann nur *gegen* die nationalistische sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie durchgesetzt werden, durch ge-wählte Streikkomitees der entschlossensten Arbeiter.

Die Stalinisten haben die Planwirtschaft in Mißkredit gebracht, aber es ist genau notwendig, die Bourgeoisie zu enteignen und eine geplante Wirtschaft auf der Grundlage von Arbeiterräten aufzubauen. Dafür brauchen die Arbeiter ihre eigene Partei, eine internationalistische Arbeiterpartei wie die von Lenin und Trotzki – die die bewußtesten Ar-beiter einschließt, türkische, kurdische, jugoslawische und deutsche, und die für eine solche Arbeiterregierung kämpft. Die SpAD kämpft dafür, eine solche Partei aufzubauen. ■

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST ARBEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—

Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
enthält *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 95

Bestellt bei:

Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 24

Mittlerweile ist die Türkei auch Schlachtfeld in der Konkurrenz zwischen den US- und den deutschen Imperialisten geworden, die ihre eigenen großtürkischen Ambitionen in Richtung der turksprachigen Gebiete der Sowjetunion haben. Der Massenmord im Irak letztes Jahr war die Eröffnungsschlacht für Bushs „Neue Weltordnung“. Deshalb rief die Internationale Kommunistische Liga zur Niederlage des US/NATO-Imperialismus und zur Verteidigung des Irak auf. Diejenigen linken und kurdischen Gruppen, die an den „guten Willen“ der Imperialisten und ihrer UNO-Gehilfen appellierten, müssen den Folgen des US/NATO-Sieges ins Auge sehen: Die Kurden, entwaffnet und verhungert, in Konzentrationslager getrieben, während die schwer bewaffnete Türkei zusammen mit Irak und Iran die Massenabschlachtung fortsetzen. Kohl/Genscher sorgen sich darüber, daß ein kurdischer Aufstand die neokoloniale Regierung auseinanderjagen könnte.

Freiheit für Kurdistan durch Permanente Revolution

Das bestialische Newroz-Massaker entfesselte Protestdemonstrationen in ganz Westeuropa. Im Aufruf zur Demo am 30. März in Berlin, unterschrieben u. a. von der PDS, appellierte die PKK „an die Weltöffentlichkeit“, sich „für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes, welches für andere Völker (z. B. ehemal. Sowjetunion und Jugoslawien) selbstverständlich ist, auch im Falle des kurdischen Volkes einzusetzen“.

Angesichts des Zerfalls der Sowjetunion setzte PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan diese mit dem „extremen Zentralismus“ der türkischen Regierung gleich: „Schauen wir uns das Beispiel Jugoslawien an, das sowjetische Beispiel ... den Zustand des französischen, des englischen Kolonialismus ... die extreme zentralistische Haltung hat verloren“ (*Kurdistan Report*, Januar). Statt dessen befürwortet er für das kurdische Volk eine „föderalistische Lösung“ wie das wiedervereinigte kapitalistische Deutschland! Aber es war die Sowjetunion, die zum ersten Mal einen unabhängigen kurdischen Staat zu einer wirklichen Möglichkeit machte: die Republik Mahabad, die durch die Intervention der Roten Armee in den Iran 1946 geschaffen wurde.

Im Namen des „Selbstbestimmungsrechts“ wird heute Jugoslawien mit mörderischem nationalistischen Grauen überzogen, und Jelzin ist finster entschlossen, auch die Sowjetunion in die konterrevolutionäre Katastrophe zu treiben und der kapitalistischen Ausbeutung preiszugeben.

Wieder einmal demonstriert das kurdische Volk sein unermüdliches und heroisches Verlangen, die Ketten der nationalen Sklaverei zu zerschlagen. Doch einmal mehr wird es in eine tragische Sackgasse geführt. Die nationalistische PKK-Strategie des „Volkskriegs“ kann das Rückgrat des imperialistisch gestützten türkischen Staates nicht brechen. Doch sogar in ihrem Nationalismus kapituliert die PKK vor ihren eigenen Henkern, indem sie nur „Autonomie“ fordert – sie unterscheidet sich dabei nicht von Talabani und anderen irakischen kurdischen Nationalisten. Sie nennt die Demirel-Regierung „faschistisch-kolonialistisch“, doch nur, um ein Volksfront-Bündnis zu schließen mit der sozialdemokratischen kurdischen Partei HEP. Die HEP wiederum war über die bürgerliche SHP an dieser Regierung beteiligt, ein „Erfolg“, wie die PKK jubelt. Während Demirel für das Newroz-Massaker Truppen nach Kurdistan entsandte, überreichte ihm die HEP Blumen! Dies ist wahrlich eine syphilitische Kette des Opportunismus!

Die Spartakist-Arbeiterpartei nahm an Protestaktionen in Berlin und Hamburg teil und erhob die Forderungen:

„Viertes Reich = Pate des Völkermords an den Kurden – Verteidigt die PKK!“ „Für Arbeiteraktion, um Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen!“ Wir trugen Plakate mit den Losungen: „Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!“ und forderten: „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!“

Bei einer Veranstaltung der SpAD in Berlin am 1. April erklärte Renate Dahlhaus:

„Wir Spartakisten standen von Anfang an zur Verteidigung des Kampfes der Kurden für ihre nationale Befreiung. Und sie können dies nur, wenn sie in eine Allianz treten mit der sozialen Kraft, die in der Lage ist, ihr Schicksal endgültig in die Hand zu nehmen. Das ist die Arbeiterklasse. Die Kurden sind ein Volk von über 20 Millionen, verteilt auf vier kapitalistische Staaten: Iran, Irak, Türkei und Syrien, während 500 000 Kurden in Deutschland leben und in den wesentlichen Zentren der Industrie beschäftigt sind: im Ruhrgebiet, bei Auto, Stahl, Werften und Textil. In Berlin allein leben 40 000. Dies macht einen großen Bestandteil und wichtigen Kern der Arbeiterklasse in Deutschland aus.“

Notwendig ist eine internationalistische proletarische Strategie: Als vor einem Jahr die türkischen Bergarbeiter von Zonguldak einen machtvollen Streik durchführten und einen Marsch auf Ankara begannen, hätten kurdische Militante diesen Streik mit allen Mitteln unterstützen und als großartige Chance für ihren Kampf um nationale Selbstbestimmung begreifen müssen. Kurdistan zu befreien bedeutet den Sturz von vier kapitalistischen Regierungen in der Region. Dazu sagte Genossin Dahlhaus:

„Um den Kampf zu gewinnen, müssen sich die Kurden verbinden mit ihrem proletarischen Bestandteil in der Diaspora und mit der Arbeiterklasse in der Region. Um dies tun zu können, müssen sie eine Avantgardepartei haben, d. h. eine leninistische Partei, die als Volkstribun auftritt und unversöhnlich für das Recht auf Selbstbestimmung und für eine sozialistische Revolution kämpft.“

Die türkischen nationalistischen Demonstrationen in mehreren deutschen Städten am 4. April waren eine finstere Entwicklung, mit denen die Grauen Wölfe Fuß fassen wollen. Die deutsche Bourgeoisie will auch deutsche, türkische und kurdische Arbeiter gegeneinander ausspielen, um die Arbeiterbewegung zu balkanisieren.

Wie Genossin Dahlhaus erläuterte:

„Es geht vor allem darum, die türkische, arabische und persische Arbeiterklasse zu gewinnen, mit dem Chauvinismus ihrer eigenen Bourgeoisie zu brechen, damit sie an vorderster Front steht im Kampf zur Verteidigung der Rechte der Kurden.“

Der Kampf der Bolschewiki war multinationaler Klassenkampf, eine sowjetische Föderation, eine Räteherrschaft. Dagegen haben die Stalinisten eine politische Konterrevolution gemacht. Die Vergesellschaftung des Eigentums und diese multinationale Arbeiterklasse ist heute in großer Gefahr. Deshalb rufen wir auf zu multinationalen Arbeiterparteien in der Türkei, im Irak, im Iran und Syrien, zu bolschewistischen Parteien, die kämpfen auf dem Programm der Oktoberrevolution im Geiste von Lenin und Trotzki.“ ■

Veranstaltung der SpAD in Halle

„Die Rote Armee
zerschlug das Nazi-Regime!“

Mittwoch, 6. Mai, 18.00 Uhr
Jägerplatz 14, Erster Stock, Halle 4020
Weitere Informationen: Halle 29055

SPARTAKIST

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Viertes Reich: Pate des Völkermords an den Kurden

Hamburg, 28. März: Spartakist-Block auf kurdischer Protestdemonstration gegen Newroz-Massaker forderte u. a.: „Verteidigt die PKK! Für Arbeiteraktion, um Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen!“ Proletarischer Internationalismus ist der Schlüssel für die Befreiung Kurdistans – kurdische und türkische Arbeiter sind wichtiger Bestandteil einer proletarischen Revolution in Deutschland



Spartakist

Schon Wochen vor dem kurdischen Neujahrsfest Newroz am 21. März hatte die NATO-Regierung von Özal/Demirel den PKK-Aufruf zu einem Volksaufstand als Vorwand genommen, um Polizei- und Armee-Einheiten in die Gebiete Türkisch-Kurdistans zu verlegen. Mehrere zehntausend Menschen, die sich zu den Feiern versammelten, wurden eingekesselt; auf die unbewaffnete Bevölkerung wurde das Feuer eröffnet. Die rechte Regierung von Demirel bereitete das Massaker vor: er versprach den Kurden, sie könnten Newroz „feiern“, während er regimetreuen Zeitungen sagte: „Wir werden sie vernichten“. Offizielle Berichte sprechen von 80 Toten; Augenzeugen zufolge sind es Hunderte.

Ein Jahrzehnt „Sonderkriegführung“ in der Türkei, brutale militärische Besatzung, von der Bundeswehr ausgebildete GSG-9-Todesschwadronen, Zwangsumsiedlungen, Konzentrationslager und Bombardements haben dazu geführt, daß die radikal-nationalistische PKK zu einer autoritativen politischen Kraft in Türkisch-Kurdistans geworden ist, weil sie mutig gegen die blutige NATO-Özal-Diktatur gekämpft hat.

Als Bonn mit scheinheiligem Tadel an seinem türkischen NATO-Juniorpartner auf die Nachrichten über die Massaker an den Kurden reagierte – gekoppelt mit weiterer Hetze gegen die aufständische kurdische Organisation PKK –, wehrte sich Özal empört und wies auf die Politik des Vierten Reichs in der Tradition Hitlers hin. Damit hat er zwar eine offensichtliche Wahrheit gesagt, doch nur, um gegen die Kurden ungehindert die Völkermord-Politik fortzusetzen, die seit Kemal Atatürk ein integraler Teil des türkischen Nationalismus ist. Alle nationalen Rechte werden den

Kurden verweigert, selbst ihre eigene Sprache ist verboten.

Berichte über den Einsatz von Waffen made in BRD – oder aus NVA-Beständen geplündert durch den wiedervereinigten deutschen Imperialismus – führte im Bundestag zu einem von Demirel treffend titulierten „Sturm im Wasserglas“. Besonders erregt war die SPD über die Lieferung von 15 Leopard-I-Kampfpanzern. Natürlich hat die BRD seit 1964 Waffen an die Türkei geliefert, seit Brandt und Schmidt sogar in weit größeren Mengen: die Panzer-Lieferung schloß die Ausrüstung von 150 Leoparden ab, ein 1980 unter Schmidt/Genscher begonnenes Projekt. Im September 1980 gab es den NATO-Putsch gegen Demirel, mit voller und tatkräftiger Unterstützung des damaligen SPD-Kanzlers Helmut Schmidt. Und es war die SPD, die den „besonderen“ Krieg gegen die deutschen und eingewanderten Linken führte. Sie hat die „Terrorgesetze“ und den Paragraph 129a eingeführt. Gleichzeitig gibt es eine massive Hetzkampagne gegen die PKK, die nicht nur von der SPD, sondern auch von den Grünen geführt wird.

Ohne einen Pieps von der sogenannten Opposition von SPD bis PDS, wurde Stoltenberg durch CDU-Generalsekretär Volker Rühle ersetzt, der in den Worten des geschäftigen Admirals Elmer Schmähling „bezüglich einer neuen Rolle der Bundeswehr weltweit eher einer der Scharfmacher“ ist (taz, 1. April).

Die Türkei, als „Bollwerk der NATO-Südflanke“, wird als Brücke zur imperialistischen Ausplünderung der zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion angesehen.

Fortgesetzt auf Seite 23